



FORUM
EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

DIE HETEROGENITÄT DES PROTESTS

**EINE UNTERSUCHUNG VON EINSTELLUNGEN
POTENZIELLER PROTESTWÄHLER UND
POLITISCHEM PROTEST IM INTERNET.**

HANS-JÜRGEN FRIESS/ VIOLA NEU

FORUM
EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

DIE HETEROGENITÄT DES PROTESTS

**EINE UNTERSUCHUNG VON EINSTELLUNGEN
POTENZIELLER PROTESTWÄHLER UND
POLITISCHEM PROTEST IM INTERNET.**

HANS-JÜRGEN FRIESS/VIOLA NEU

*Urheber:
Dr. Hans-Jürgen Friß/Dr. Viola Neu*

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. 2018, Sankt Augustin/Berlin



Diese Publikation ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).

*Umschlagfoto: © m. schuckart, fotolia.com
Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln
Satz: yellow too Pasiak Horntrich GbR*

ISBN 978-3-95721-443-0

INHALT

5		1. EINLEITUNG UND FORSCHUNGSDESIGN	
8		2. HETEROGENITÄT DER EINSTELLUNGEN	
11		3. UNTERGANGSSZENARIEN UND KRISENSTIMMUNG	
14		4. DEUTSCHLANDS ZUKUNFT IN EINER GLOBALISIERTEN WELT	
19		5. ZUWANDERUNG, INTEGRATION UND KULTURELLE VERUNSICHERUNG	
26		6. EXKLUSIVES WISSEN UND UNTERDRÜCKUNG „DER WAHRHEIT“	
31		7. WAHLMOTIVE POTENZIELLER AFD-WÄHLER	
38		8. ZUSAMMENFASSUNG/AUSBLICK	
40		9. ANHANG	
		9.1 Collagen	40
		9.1.1 Abbildungen der Collagen zur Wahrnehmung der sozialen und politischen Lage Deutschlands	40
		9.1.2 Abbildungen der Collagen zur Wahrnehmung der AfD	43
		9.2 Methodenbericht	47
		9.2.1 Kurzüberblick über das Studiendesign	47
		9.2.2 Details zur Rekrutierung der Teilnehmer aus den Fokusgruppen und Einzelinterviews	48
		9.2.3 Leitfaden für Interviews und Fokusgruppen	48
		9.2.4 Feldarbeit	49
		9.2.5 Durchführung des Social-Media-Listenings	49
		9.2.6 Datenverarbeitung und -analyse	50
		9.2.6.1 Datenerfassung und -verarbeitung der Fokusgruppen und Interviews	50
		9.2.6.2 Datenauswahl und -verarbeitung des Social-Media-Listenings	51
52		DIE AUTOREN	
52		ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG	

1. EINLEITUNG UND FORSCHUNGSDESIGN

In Deutschland gab es zwar gelegentlich einen Wahlerfolg einer neuen Partei unterschiedlicher Herkunft und Ausrichtung, doch ist es in der Bundesrepublik mit den Grünen und der Linken nur zwei Parteien gelungen, sich nach der ersten Etablierungsphase des Parteiensystems zu verankern. Mit der AfD hat bei der Bundestagswahl 2017 eine weitere Partei den Einzug in den Bundestag geschafft. Mit 12,6 Prozent der Zweitstimmen hat sie gegenüber der Vorwahl, bei der sie noch knapp mit 4,7 Prozent scheiterte, ihre Wählerbasis ausgebaut. Auch bei Landtagswahlen konnte die AfD mit zum Teil beachtlichen Resultaten wie in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern in die Landtage einziehen.

Den Wahlerfolgen der AfD geht jedoch ein langjähriger Trend voraus. Seit Jahrzehnten haben sich die Bedingungen für kleine Parteien kontinuierlich verbessert, da immer mehr Wähler bereit sind, den sogenannten sonstigen Parteien ihre Stimme zu geben. Diese Entwicklung setzte bereits in den 1990er Jahren ein. In Hamburg erhielten die sonstigen Parteien 1993 und 1997 über 16 Prozent der abgegebenen Stimmen, 1991 blieben in Bremen knapp 10 Prozent der Stimmen bei den kleinen Parteien, und bei der Europawahl 1994 votierten gut 10 Prozent für die Parteien außerhalb des Parlaments. In den 1990er Jahren gelang es einigen kleinen Parteien, in Parlamente einzuziehen, genau genommen waren es zuerst 1989 die Republikaner, die mit 7,5 Prozent in das Berliner Abgeordnetenhaus einzogen. Seit dieser Zeit gelang es – neben den Republikanern – der Statt-Partei, der Schill-Partei, der DVU, der NPD, der Partei Arbeit für Bremen und Bremerhaven, den Freien Wählern und der Piratenpartei, auf Landesebene zu reüssieren. Langfristig konnte sich keine dieser Parteien etablieren, auch wenn manchen zweimal in Folge der Einzug in das jeweilige Parlament glückte.

Infolge der 1968er-Bewegung entwickelte sich die Demonstration¹ zu einer weit verbreiteten Partizipationsform. Doch ist die Teilnahme daran seit Jahrzehnten rückläufig, und es handelt sich heute um eine selten genutzte Form der Partizipation. Selbst die Pegida-Demonstrationen, die viel mediale Aufmerksamkeit erhielten, hatten höchstens eine Beteiligung von geschätzt 20.000 Bürgern². Jenseits von Dresden hatten die Ableger von Pegida einen eher übersichtlichen Zulauf.

Schriftliche Äußerungen, früher eher in Form von Leserbriefen oder Petitionen, haben durch die Verbreitung der sozialen Medien einen weiteren Kommunikationskanal gefunden. Die niedrighschwellige Nutzungsmöglichkeit, die jederzeit und überall erfolgen kann, erweitert den Personenkreis erheblich, der diese Form der politischen Partizipation nutzt. Zudem erfordert Kommunikation nicht einmal mehr Sprache, sondern kann durch Likes, Links oder Emojis ausgedrückt werden. Anstelle von 20.000 Demonstranten konnte Pegida von Anfang November 2014 bis Ende Januar 2015 ca. 160.000 „Gefällt mir“-Klicks auf der Facebook-Seite verzeichnen.³

Verstärkt durch die Flüchtlingskrise finden sich in Deutschland vielfältige Formen politischen Protests. Manche gehen auf die Straße, wobei vor allem die (als Spaziergang bezeichneten) Kundgebungen von Pegida auf große mediale Resonanz stießen. Andere entscheiden sich auf ihrem Wahlzettel für eine Protestwahl, von der vor allem seit 2013 die AfD profitiert. Wieder andere, aber zum Teil auch die gleichen Akteure, sind vor allem in sozialen Netzwerken aktiv. Kommentarspalten der Zeitungen spiegeln auch Haltungen wider, die einen grundsätzlichen Protest bis hin zum Systemwiderstand aufzeigen. Auch wenn diese Formen des Protests wie Demonstrationen, Wahlverhalten und schriftlicher Meinungsäußerung zu den klassischen Formen der politischen Partizipation wahrlich keine Unbekannten sind, sind sich alle Beobachter über die Veränderung im politischen Ton einig. Von Wutbürgern über Hate Speech bis hin zu Drohungen gegen einzelne Personen reichen die Form und der Inhalt der

Meinungsäußerung bis ins Spektrum strafrechtlich relevanter Handlungen hinein. Und hier sind die tätlichen Übergriffe auf Flüchtlinge und Flüchtlingsheime noch nicht einmal berücksichtigt. Kurzum: Das Klima ist rauer geworden, und man wertet „Gutmenschen“ oder Politiker gleichermaßen ab. Niemand kann sich mehr sicher sein, aufgrund einer Äußerung oder eines Verhaltens, ein Objekt aggressiver Kommentare zu werden oder gar Androhungen auf Leib und Leben zu erhalten. Das verunsichert Akteure wie Bürger.

In der Vergangenheit konnte man sicher davon ausgehen, dass die Partizipation Individuen zugeordnet werden kann. In den letzten Jahren haben technische Neuerungen und Möglichkeiten Zweifel geschürt, ob nicht gezielt durch programmierte Algorithmen, zum Beispiel in Form von Social Bots, auf Kommunikation und Partizipation Einfluss genommen wird.⁴ Die Analyse der Kommunikation innerhalb sozialer Netzwerke hat ebenso gezeigt, dass es zu geschlossener Kommunikation (Echokammer) kommen kann, auch wenn es sich um eine öffentliche Gruppe handelt.⁵ In den sogenannten Echokammern wird die eigene Meinung bestärkt, Gegenargumente bleiben weitgehend außen vor. Eine Unterscheidung oder Analyse über Ausmaß und Umfang des Vorhandenseins von Social Bots ist in dieser Studie nicht möglich, da wir uns auf eine Inhaltsanalyse beschränkt haben. Uns ist dennoch bewusst, dass sie vorhanden sein können, ohne dass dies überprüft werden kann.

In dieser Studie konzentrieren wir uns auf zwei Formen des politischen Protests: die Wahl einer Protestpartei und die Kommunikation im Internet. Als Screening-Variablen wurden die Wahllaffinität zur AfD und die Intensität der Internetnutzung verwendet. Bei der Gruppendiskussion in Dresden stellte sich zusätzlich die Frage nach der Akzeptanz von Pegida.⁶ Die Analyse widmet sich der neuen Qualität des politischen Protests. Dabei wurden drei qualitative Verfahren miteinander kombiniert: Fokusgruppen, Tiefeninterviews und Social Listening.⁷ Bei der Analyse von Internetkommentaren mit der Methode des Social Listening sind diese nicht individuell AfD-affinen Wahlberechtigten zuzurechnen. Sie spiegeln jedoch Themen wider, welche auch im AfD-Umfeld diskutiert und in den Tiefeninterviews sowie den Fokusgruppen angesprochen werden. Sie haben die Funktion der Kontrolle öffentlich wahrnehmbarer Meinungen jenseits der durchgeführten Interviews.

Der Methodenmix dient dem vertieften Verstehen der Motive und Begründungen des Protests, soll aber auch die Inhalte und Handlungsfelder herausfinden. Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ erhoben, daher erfolgen auch keine Prozentangaben in der Analyse. Bei der Studie handelt es sich um ein Vorprojekt. Ein Teil der Ergebnisse floss in eine repräsentative Umfrage ein.⁸ Aufgrund der Neuartigkeit dieses Protestphänomens soll zunächst der Gedankenraum erfasst und sollen die spezifischen Auslöser untersucht werden.

Die drei Teile der Umfrage wurden im Dezember 2016 mit ausschließlich qualitativen Methoden durchgeführt. Es wurden insgesamt 20 qualitative telefonische Einzelinterviews deutschlandweit sowie drei Fokusgruppen in den Städten Dresden, Essen und Berlin mit (potenziellen) AfD-Wählern durchgeführt. Daten einer qualitativen Inhaltsanalyse von Nutzerkommentaren auf den Webseiten verschiedener Medien (u.a. Spiegel Online, Zeit Online, aber auch rechtslastige Webseiten wie Junge Welt oder Politically Incorrect) und den sozialen Medien (v.a. Facebook) zu vier zuvor definierten Themenfeldern (Silvesternacht in Köln 2015, Vermisstenfall Lisa 2016⁹, Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin 2016, erneute Kanzlerkandidatur Angela Merkels 2017, im November 2016 angekündigt) wurden zusätzlich erhoben. Ziel war es, eine möglichst große Bandbreite an Gründen und Motiven für politischen Protest zu erhalten.¹⁰

Dabei wurden vier Forschungsziele definiert:

- Exploration des Selbstverständnisses und zentraler Identifikationspunkte der Zielgruppen: Aufdeckung emotional wichtiger politischer Themen, Beurteilung verschiedener Politikeraussagen/Politiker/Eliten/Tabudiskurse.
- Diskussion zentraler aktueller Themen: Wahrnehmung der politischen und sozialen Entwicklung, speziell auch der Zuwanderung, persönliche Ängste, Zukunftssorgen und Wünsche sowie emotionale, soziale und politische Reaktionen darauf.
- Exploration des Informations- und Kommunikationsverhaltens, einschließlich der Diskussion mit Andersdenkenden sowie des Vertrauens in zentrale politische und soziale Institutionen.
- Verstehen des Wahl- und Protestverhaltens anhand des persönlichen Bezugs zur AfD, der Wahrnehmung der AfD im Kontext der politischen Landschaft sowie der Exploration konkreter Wahlmotive.

1| Wegweisend ist noch immer die Grundlagenstudie von Barnes und Kaase: Samuel H. Barnes/Max Kaase et al., 1979, *Political Action. Mass Participation in five Western Democracies*, Beverly Hills/London.

2| Werner J. Patzelt/Joachim Klose, 2016, *PEGIDA. Warnsignale aus Dresden*, Dresden, S. 31.

3| Ebd., S. 32.

4| Simon Hegelich, 2016, *Invasion der Meinungs-Roboter. Analysen und Argumente*, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Ausgabe 221, Berlin.

5| Simon Hegelich/Morteza Shahrezaye, 2017, *Die Disruption der Meinungsbildung. Die politische Debatte in Zeiten von Echokammern und Filterblasen. Analysen und Argumente*, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Ausgabe 253, Berlin.

6| Die ausführliche Beschreibung der Methoden findet sich im Anhang.

7| *Als Social Listening beschreibt man den Prozess, bei dem identifiziert, analysiert und bewertet wird, was über ein Unternehmen, ein Produkt, eine Marke oder eine Einzelperson im Internet sowie in den sozialen Medien geschrieben und diskutiert wird.*

8| Vgl. Sabine Pokorny, 2017, *Vertrauen, Zufriedenheit, Zuversicht. Politische Einstellungen in Deutschland 2017 – Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Analysen und Argumente*, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Ausgabe 267, Berlin.

9| *Diskussionen rund um das Verschwinden sowie die vermeintliche Vergewaltigung einer 13-jährigen Russlanddeutschen und die Aufarbeitung in den deutschen und russischen Medien.*

10| *Die Vorgehensweise und Methode dieser Studie ist in einem separaten Methodenbericht erfasst und detailliert dargestellt.*

2. HETEROGENITÄT DER EINSTELLUNGEN

Eine zentrale Erkenntnis dieser Studie ist die Heterogenität – also die große soziale wie politische Bandbreite – der Einstellungen derjenigen, die AfD-affin sind. Das Meinungsspektrum reicht von wirtschaftsliberalen Positionen und gesellschaftlich libertären Einstellungen bis hin zu autoritären Argumenten. In der Selbstbezeichnung fallen die Adjektive „links“ „konservativ“ oder „liberal“.¹ Einige Personen riefen zur Mäßigung der Wortwahl auf und agierten mit ausgewogenen Argumenten.² Andere, deren Äußerungen sich dem Rechtsextremismus zuordnen lassen, zeigten Resentiments gegenüber Ausländern und besonders gegenüber den jüngst nach Deutschland gekommenen Flüchtlingen. Zahlreiche Kommentare im Internet sind von verbaler Menschenfeindlichkeit, ja teils einem zügellosen Hass geprägt.³

Zu unseren AfD-affinen Befragten gehören einerseits Christen, die sich in der Kirche in der Flüchtlingsarbeit engagieren, andererseits aber auch Menschen, die man als Verschwörungstheoretiker bezeichnen könnte, die sich auch medial praktisch nur noch in einem kleinen, eher abgeschlossenen Kosmos mit eigenen selbstbestätigenden Wahrheiten bewegen (Echokammer). Wir fanden (ost-)nostalgische Töne ebenso wie ängstliche, verunsicherte, trotzig und vornehmlich Protest-, aber auch überzeugte AfD-Wähler. Kurzum: Auch wenn für diese Studie im Vergleich mit großen quantitativen Studien eine eher kleine Fallzahl (n=44) gewählt wurde, ließ sich eindeutig ein großes soziopolitisches und soziokulturelles Spektrum innerhalb der AfD-Anhängerschaft ausmachen, deren Gemeinsamkeit auf einen ersten Blick nicht ohne weiteres erkennbar ist.

Selbst das Thema Flüchtlinge bzw. Flüchtlingskrise changiert erheblich bei den Befragten. Befürworter einer sehr freiheitlichen und offenen Flüchtlings- und Einwanderungspolitik sind zwar nicht zu finden, dennoch sind die Antworten nicht gerade monolithisch. Es finden sich Abstufungen zwischen der umfänglichen Befürwortung von Einwanderung bis hin zur kompletten und uneingeschränkten Ablehnung jeglicher Migration.

„[Auch die neuen Zuwanderer/Flüchtlinge] werden unserem Staat auf der Tasche liegen, die Sozialsysteme aussaugen und dann bleibt hier nichts mehr.“⁴

Einwanderung und ihre Folgen werden von einigen kritisch betrachtet, gleichwohl findet sich eine Einsicht in die Notwendigkeit, Einwanderung für (wirtschaftlich) notwendig zu erachten. Empathie gegenüber Migrant*innen (Fluchtgrund Krieg) zeigte sich ebenso wie Skepsis gegenüber den potenziellen Erfolgen der Integration.

Interessant hier zum Beispiel in Berlin, aber auch in den anderen Gruppen, wie etwa in Dresden, zu hören:

„Es geht doch gar nicht um Hass auf Menschen, die in Not hierherkommen. Es geht darum, wie die Politik es handhabt.“

Die Bandbreite der Gesprächspartner spiegelt sich auch in der Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage wider. Zum Teil wird diese als sehr gut bezeichnet, und in den letzten Jahren wird auch eine Verbesserung attestiert. Zum anderen finden sich sowohl Erfahrungen relativer Deprivation bis hin zu sozialer, wirtschaftlicher und emotionaler Desintegration.

Angesichts der im politischen Umfeld der AfD und anderen Protagonisten betriebenen „Merkel muss weg“-Kampagne wäre wenigstens eine kritische Distanz im Bereich der Migrationspolitik zu erwarten gewesen, wie sich bei den Nutzerkommentaren in einschlägigen Internet- und Sozialmedien herauskristallisiert hat. Es gibt zwar teils heftige Kritik an der Bundeskanzlerin, jedoch verteidigen andere sie oder rechtfertigen ihr Handeln.

Die mäßigenden Stimmen finden sich freilich vor allem im persönlichen Gespräch miteinander und im Netz vor allem auf den Seiten der Leitmedien. Hier wird insgesamt viel stärker differenziert und auch rational diskutiert, es finden sich auch eindeutige Merkel- und CDU-Sympathisanten. Ganz anders verhält es sich bei den Kommentaren auf den Seiten eindeutig rechter Medien, zum Beispiel Politically Incorrect, zuerst!, Junge Freiheit und auf der AfD-Facebook-Seite. Auf diesen Quellen ist die Nutzerkommunikation überwiegend einseitig, drastisch, hasserfüllt und emotional. Dadurch, dass es hier praktisch keine gemäßigten Stimmen zur weit verbreiteten Hetze gibt, schaukeln sich die Diskussionsteilnehmer durch ihre Kommentare gegenseitig immer weiter hoch. Sie fühlen sich unter Gleichgesinnten und unter dem Deckmantel der Anonymität sicher und schreiben dadurch sehr offen und drastisch. Auch findet hier in der Regel kaum Kontrolle durch den Betreiber statt, sodass zumindest in Teilen auch Sympathie zu nationalsozialistischem Gedankengut geäußert wird.

Bereits dieser kurze Überblick macht deutlich, dass es „den Protestwähler“, geschweige denn „den AfD-Wähler“, offenbar nicht gibt. Wie wir später zeigen, sind die Motive und Motivbündel sehr unterschiedlich.

Auf der anderen Seite sollten verschiedene, teils überraschende, teils auffällige Gemeinsamkeiten nicht unterschlagen werden. Auffällig ist zum Beispiel die – auch offensiv vertretene – Selbstsicht der Interviewpartner durchweg als Demokraten (in Abgrenzung zur Diktatur), was sich freilich vor allem instrumentell äußert als Herrschaft der Mehrheit, häufig allerdings nur, solange man vermutet, die eigene Meinung entspreche der Mehrheitsmeinung.

Als paradigmatisch steht folgendes Zitat:

„Ich würde mich der Mehrheit schon anschließen. Aber ich halte die Politik, die jetzt läuft, für falsch.“

Andere Bestandteile einer westlichen Demokratie, wie zum Beispiel Minderheitenschutz und Freiheitsrechte, spielten hingegen eine weit weniger wichtige Rolle.

Dennoch: Man sieht sich im Wettstreit mit anderen Meinungen, in dem man (in der Selbstsicht) teils auch heftig für die eigene Meinung streitet. Dies passt gut zu der Beobachtung, dass es bei den Fokusgruppen in allen Städten keine Ausfälle gab, selbst unter den sogenannten Überrekrutierten, denjenigen, die als Ersatz für die Interviews/Gruppendiskussionen eingeladen wurden. Noch deutlicher manifestierte sich dies in allen Diskussionsrunden durch ein großes Redebedürfnis praktisch aller Teilnehmer zu den besprochenen Themen. Dieser Eindruck wird auch dadurch verstärkt, dass sich in der Analyse der Nutzerkommentare verschiedener Online-Medien folgendes Muster gezeigt hat: Man diskutiert eigentlich nicht, vor allem nicht auf den Seiten des rechten Spektrums. Vielmehr geben die Nutzer weitestgehend autark und ohne Bezug auf die vorherigen Kommentare die eigene Meinung zum Geschehen ab. Oft gehen die Kommentatoren sogar nicht einmal auf das im Artikel angesprochene Thema ein, sondern äußern direkt ihre Sicht auf die Welt. Gleichzeitig ist zu beobachten, dass die Meinungen auf diesen (rechten) Seiten nicht nur durch ständiges Wiederholen gestärkt werden, sondern auch recht extrem sind.

Dieses Redebedürfnis wird unterstützt durch die Verwendung von zahlreichen Parolen, Sprichwörtern, Redensarten, die offenbar die klassische Funktion von Narrativen einnehmen, die klar und

einfach verständlich sind und tatsächlich auch eine frappierende Nähe zu den Argumentationsmustern aufweisen, welche die AfD selbst, etwa auf ihren Facebook-Accounts oder auf ihrer Homepage, verwendet: Angefangen etwa von *„Das Boot ist voll, wir können keinen mehr aufnehmen, wenn wir nicht selbst mit untergehen wollen.“*, über die Forderung nach mehr *„Mut zur Wahrheit“*, was ja impliziert, dass bei der Wahrheit geknausert wird, bis hin zur Forderung nach einem *„Deutschland für Deutsche“* oder gar der Anklage, dass die Parteien im Bundestag eigentlich eine *„Einheitspartei“* seien und Angela Merkel *„ihre Diktatorin“* oder die Sprache vom *Volk* (statt Bürger, Wähler), das sich – wie 1989 – gegen die *„Diktatur der Einheitspartei“* zur Wehr setzen müsse. Wenngleich gerade die letzten Aussagen keineswegs von allen Teilnehmern der Studie unterstützt werden, so finden sich diese Argumente ebenfalls in den Online-Diskussionen.

Fast durchgehend wird eine Abgrenzung nach ganz rechts betont. Damit geht auch eine Ablehnung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele einher.

„Asylheime anzünden? Glaube, das ist der falsche Weg.“

„Kannste gleich wegschmeißen, die Leute.“

„Sowas ist der falsche Weg!“

Die Befragten gehen auch auf Argumente ein, die von den politischen Gegnern in der Auseinandersetzung mit der AfD verwendet werden. Insbesondere Vergleiche oder Gleichsetzungen oder moralisierende Abgrenzungsrhetorik mit bzw. gegenüber dem Nationalsozialismus scheinen kontraproduktiv zu wirken. Die Befragten reagieren mit Trotz und einer Bunkermentalität des *„Jetzt erst recht.“*

- 1| Zum Beispiel beim Thema Homosexualität und „Homo-Ehe“, dem der Teilnehmer sehr offen gegenüberstehe.
- 2| In allen Fokusgruppen.
- 3| Hier insbesondere die Kommentare zur Berlin-Wahl, in denen die Abstimmung selbst häufig nur eine Nebenrolle spielte, dagegen ein Sammelsurium von Einzelmeinungen, die v.a. die (Flüchtlings-)Politik und Flüchtlinge auf das Schärfste verurteilten.
- 4| Die Zitate wurden hinsichtlich Rechtschreibung und Grammatik im Originalzustand belassen.

3. UNTERGANGSSZENARIEN UND KRISENSTIMMUNG

In repräsentativen Umfragen zeigen sich die Deutschen¹ 2017 mit ihrem Leben sowie mit der Situation in Deutschland äußerst zufrieden. In dieser Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung ergibt sich bei fast allen Zufriedenheitsindikatoren eine deutliche Unterscheidung nach potenziellem Wahlverhalten: Die Anhänger der AfD stehen insbesondere den Anhängern der CDU fast wie Antipoden gegenüber. Die Einstellungen der AfD-Anhänger sind im Gegensatz zu allen anderen Wählerschaften von Angst und Untergangsszenarien geprägt. Sie grenzen sich mit diesen Einstellungen von allen anderen ab.

Dieser repräsentative Befund findet sich auch in den qualitativen Interviews. Die Befragten empfinden die Situation so, dass sich Deutschland in einer tiefen Krise befinde und vor einer düsteren Zukunft stehe. Dies ist die verbindende Klammer. Die Wahrnehmung einer weitreichenden wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Krise mit all ihren negativen Gefühlen des Kontrollverlusts und der Überforderung, der Verunsicherung und wachsenden Orientierungslosigkeit sowie einer wachsenden Identitätsangst.²

Auf Nachfrage fiel kaum einem der Befragten etwas ein, was sich in den letzten Jahren in Deutschland verbessert habe. Typisch waren Aussagen wie diese:

„Was besser geworden ist in Deutschland? Da fällt mir nichts ein. Eher schlechter geworden.“

„Ganz ehrlich? Finde nichts, was heute besser ist wie früher.“

Etwas, wenngleich nur wenig, besser fiel die Beurteilung in den Internet-Kommentaren aus, in denen u.a. auf die positiven Zahlen von Deutschland hingewiesen wurde:

„Es gibt unter 7% Arbeitslose, niemand in Deutschland muss hungern, jeder hat Zugang zu sauberem Trinkwasser, Medikamenten, und kostenloser Hochschulbildung, während sie ein paar ganz arme Schweine, die von Krieg und Terror bedroht sind, pauschal zu Vergewaltigern brandmarken wollen. Ich glaube, dass es sich viel schlimmer für die Wirtschaft auswirkt, dass man Menschen wie ihnen eine Plattform bietet, Lügen und Hass zu säen. Es schädigt nämlich den Ruf Deutschlands in der Welt.“

Wenn überhaupt etwas Gutes gefunden wurde, nannte man allenfalls die Stärke der Wirtschaft und der Unternehmen (nicht des Einzelnen):

„Wir sind schon wirtschaftlich stark, weil die meisten zu uns wollen. Die würden sich dann eher andere Länder aussuchen.“

Die Ausblendung der positiven Entwicklung Deutschlands kontrastiert auffallend mit der Wahrnehmung der eigenen Lebenssituation: Kaum einer der Befragten meinte auf Nachfrage, ihm ginge es heute schlechter als noch vor ein paar Jahren. Im Gegenteil, bis auf wenige Ausnahmen meinten die Teilnehmer, ihnen ginge es heute eher besser, zumindest aber nicht schlechter. So sind folgende Sätze aus zwei Interviews sehr typisch:

„Ich kann nicht jammern. Mir geht es gut.“

„Mir geht es, Gott sei Dank, sehr gut. Mir geht es heute besser als früher.“

Die Selbstwahrnehmung sowie die Wahrnehmung des gesellschaftlichen Kontextes und der Lage in Deutschland stehen in einem auffälligen Gegensatz. Früher wäre es für viele besser in Deutschland gewesen:

„Ich kann sagen, dass es mir vor 25 Jahren deutlich besser ging wie heute.“

Die gegenwärtige Lage in Deutschland wird als dramatisch wahrgenommen, teils sogar als apokalyptisch. Sie wird in den Kommentaren auf den diversen untersuchten Internetseiten drastisch geschildert. So weisen zahlreiche Kommentare etwa zur Silvesternacht 2015 in Köln darauf hin, dass dieses Ereignis nur exemplarisch für viele vergleichbare Ereignisse steht, und auch zur Berlin-Wahl 2016 stellt man in den Raum, dass die gegenwärtige Lage in Deutschland dramatisch sei und Berlin gleichsam ein Brennglas, unter dem die Hauptstadt *„sowieso nicht mehr zu retten“* sei.

Auch in den Gruppendiskussionen und Interviews werden diese Eindrücke drastisch geschildert: So wird die aktuelle politische und soziale Lage in Deutschland zum Beispiel als *„sehr trüb“*, *„konfus“*, aber auch als eine *„Katastrophe“* beschrieben. Es herrsche deshalb eine sehr große Unzufriedenheit, jeder sei regelrecht epidemisch *„am Jammern“*, ja es würde schon geradezu *„brodeln und kochen“* und die ganze politische Landschaft drohe *„umzukippen“*. Einzelne Teilnehmer gehen sogar noch weiter und meinten, dass es bereits *„5 nach 12“* oder der *„Zug abgefahren“* sei.

Es wird sogar davon berichtet, dass man mittlerweile überlege, auszuwandern, *„zum Beispiel nach Kanada“*, so schrecklich sei es mittlerweile in Deutschland.

„Ich habe mich nie so unwohl gefühlt in Deutschland wie in den letzten zwei bis drei Jahren. So unwohl, dass ich fast überlegt habe auszuwandern.“

Vor diesem Hintergrund erklären sich auch die stark ablehnenden direkten Reaktionen auf die Aussage: *„Uns ging es noch nie so gut wie heute“*. Dies treffe nur auf den kleinsten Teil der Gesellschaft zu, würde nur von Privilegierten ausgesprochen und sei zu pauschal.

„Leicht zu sagen, uns geht es besser als früher. Aber das betrifft nur einen kleinen Teil von Leuten.“

„Man hört zwar, dass es weniger Arbeitslose gibt, aber in meinem Umfeld sehe ich es nicht so. Und die, die Arbeit haben, haben auch nicht wirklich viel Geld.“

Hier werden neben *„Reichen“* auch Rentner genannt.

„Die Generation, die sagt ‚uns ging es noch nie so gut wie heute‘, das sind die Rentner, die noch auf alten Berechnungsmodellen die Rente beziehen.“

Ränder würden nicht gesehen, und der Einzelne spiele keine Rolle.

„Würde mir aber von einem Politiker wünschen, dass der die ganze Bandbreite sieht. Und ich glaube, das sehen die nicht mehr.“

Auf diese Weise wäre die Aussage nur eine Floskel zur Täuschung und Verschleierung der vielen sozialen und politischen Probleme des Landes. Kurzum: Sie ist nicht glaubwürdig, ja, sie löst bei Menschen, die hart für ihr Auskommen und Überleben kämpfen, sogar Wut und Reaktanz aus.

„Das ist halt eine Floskel. Weil viele natürlich jammern. Und um viele Sachen zu verschleiern, wohin die Gelder fließen. Will man den Leuten schlechtes Gewissen machen und sagt dann eben diesen Spruch. Die, denen es nicht gut geht, versucht man noch zu ducken, damit die bloß nicht den Mund aufmachen.“

„Was ich vor 10 Jahren verdient habe und heute mit mehr Einsatz die Hälfte verdiene, da stelle ich mir echt Fragen.“

„Ich kann es nicht mehr hören. Ich sitze hier und versuche verzweifelt, unsere Hypothek zu bezahlen. Mit drei Kindern. Mein Ehemann verdient als Gebäudereiniger auch nicht so viel Geld. [Meine] Tagesmuttergeschichte bringt auch nicht so viel. Wir haben ständig Geldsorgen und leben unter dem Existenzminium. Und bekommen nichts vom Amt gezahlt, wir haben ja ein Haus, und leben von 600 Euro im Monat.“

In den Mittelpunkt der Wahrnehmung rücken verschiedene, als ungelöst geltende und als sich verschärfend empfundene soziale und politische Probleme. Die Teilnehmer der Studie und auch die Kommentarschreiber im Internet reagieren hier sehr emotional. Ob sich dies gegenüber früher geändert hat, kann nicht geklärt werden.

- 1| Vgl. Sabine Pokorny, 2017, *Vertrauen, Zufriedenheit, Zuversicht. Politische Einstellungen in Deutschland 2017 – Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, Analysen und Argumente*, Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Ausgabe 267, Berlin.
- 2| *Dies sind allesamt Dinge, die auch von der AfD und ihren Unterstützern in ihrer Kommunikation und Werbung massiv angeprangert werden und diesen Wahrnehmungskanal dadurch auch verengen.*

4. DEUTSCHLANDS ZUKUNFT IN EINER GLOBALISIERTEN WELT

Globalisierung und ihre politischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen sowie Beschleunigungen (etwa in Innovationszyklen wie der Digitalisierung) und den damit zusammenhängenden Unübersichtlichkeiten gelten in der Forschung als Erklärungsmuster für die Entstehung und Etablierung populistischer Bewegungen. Da die Globalisierung als abstrakt und kaum beschreibbar wahrgenommen wird, ist sie als direkte Quelle der Erregung nur schwerlich verantwortlich zu machen. Hingegen entwickelten neben der Terrorgefahr insbesondere die Finanzkrise 2008 und die im Anschluss daran startende Bankenkrise oder die Euro- und Schuldenfrage faktische und konkrete Erregungskraft. In den Interviews dieser Studie wird hingegen nicht die häufig als alternativlos beschriebene Politik kritisiert.¹ Vielmehr rückt die Verletzlichkeit Deutschlands in Europa in den Fokus. Die Befragten nehmen vergleichsweise glimpfliche Auswirkungen für Deutschland wahr, aber andererseits – auch in Verbindung mit der Flüchtlingskrise ab 2015 und den ab 2016 verübten Terroranschlägen in Deutschland – entsteht der Eindruck, die Kriseneinschläge erreichten nun vermehrt auch Deutschland.² Insgesamt erscheint dadurch das Bild einer globalen politischen Instabilität, der sich Deutschland und seine nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen internationalen Verflechtungen nicht entziehen könnten. Sie setzen dadurch einen ersten (internationalen) Rahmen für die Krisenwahrung und düstere Zukunftsszenarien.

Für die internationalen Verwerfungen werden allen voran – obwohl nicht von allen gleichermaßen – die USA unter Präsident Barack Obama verantwortlich gemacht (die Wahl von Donald Trump hatte zum Zeitpunkt der Interviews bereits stattgefunden).

Tatsächlich erfährt Obama in verschiedenen Kommentaren im Internet häufig sogar rassistische Beleidigungen: „Obama: Obimbo“, „Schokokönig“, „Obomba“, „US-Mohr“.

Mit teils sehr drastischen Worten wird diese internationale Verantwortung (und radikaler genannt: „Verschwörung der USA gegen Deutschland“), der sich die deutsche Regierung bereitwillig und widerrechtlich anschließen würde, in verschiedenen sozialen Netzwerken und Online-Kommentaren gerade (aber nicht nur) rechter Medien beschrieben.

So ist zum Beispiel in verschiedenen Kommentaren zur erneuten Kanzlerkandidatur Angela Merkels im Netz Folgendes zu lesen:

„# 102 Tom62: Merkel ist ein Miststück sonderbarer Größe, sie will uns Deutsche vernichten im Auftrag einer transatlantischen Macht.“

„Das war wohl Obamas letzter Auftrag an seine Gouvernante. Die personifizierte Selbsterfleischung zum Totensonntag. Makabrer geht's nicht.“

„Merkels hündische Ergebenheit – dafür wird sie von Obama gelobt: – Die USA lösen bewusst und absichtlich die größte „Flüchtlings“-Welle der Geschichte aus. Der Druck der Welle wird absichtlich nach Deutschland gerichtet. Die staatlichen und staatsnahen Medien propagieren die Aufnahme gegen den Willen des Volkes. Eine großangelegte Destabilisierung ersten Ranges.“

Wenngleich diese Zuschreibung keineswegs für alle Personen der Zielgruppe gelten dürfte – man hörte zum Beispiel Auffassungen solcherart in den Interviews und Fokusgruppen kaum und wenn, nur sehr abgeschwächt – so können sie durchaus als radikaler Kern begriffen werden: Die Interessen Deutschlands würden durch seine Regierung in der Welt nicht oder nur unzureichend gewahrt werden, ja Deutschland stünde regelrecht unter dem Scheffel fremder Mächte, der USA, aber auch der EU. So finden sich etwa Aussagen, die auf eine fehlende Selbstbestimmung Deutschlands aufgrund seiner Einbindung in die EU abzielen.

„... und gerade was Asylpolitik betrifft, liegt es einfach daran, dass Deutschland seit geraumer Zeit in der EU ist. Und die EU gibt Richtlinien vor für jedes Land, was in der EU ist.“

Die Sinnhaftigkeit komplexer internationaler Verflechtungen und Kooperationen wird infrage gestellt und als deutsches „Duckmäusertum“ gewertet. Stattdessen sollte sich Deutschland stärker auf seine Interessen und die seiner Menschen konzentrieren. Als ein wichtiges Negativbeispiel gilt hier etwa die „Griechenlandrettung“; sie wird nicht selten als eigentlich widerrechtliche Rettung eines fremden Volkes wahrgenommen, das selbst verschuldet in finanziellen Notstand gerutscht sei, zulasten Deutschlands.

„Griechenland kriegt jetzt von Deutschland Geld, die sollten selber auf die Reihe das kriegen.“

„Wenn ich sehe, wie viele Millionen ins Ausland gehen. Was wir für finanzielle Pakete gepackt haben für Griechenland. Und für unser Volk ist nichts da.“

Auch der Flüchtlingsdeal mit der Türkei wird stark als jenseits deutscher Interessen kritisiert.

„Wenn Angela Merkel bei Erdogan sitzt und im Hintergrund zwei türkische Flaggen zu sehen sind, dann merke ich, dass meine Bundeskanzlerin nicht mein Deutschland vertritt.“

Dass gerade hierbei die EU keine gute Rolle spiele, scheint ebenso ausgemacht wie ihre nachlassende Handlungsfähigkeit.³ Nicht selten gilt die EU nur noch als problematisches und fehlerhaftes Projekt mit einem trägen Behördenapparat, der seine Berechtigung nach und nach verliere.

„Die EU war der größte Reinform und der Euro. Hätten die DM lassen sollen.“

„Würde nur dann besser werden, wenn Deutschland sagt, wir treten aus der EU aus.“

Zu diesem negativen Bild der europäischen Institutionen trägt auch die in den letzten Jahren direkt spürbare Konsequenz der Finanzkrise im Euroraum bei, die Zinssenkung und damit die wahrgenommene Entwertung von Ersparnissen.

„Wir könnten viel mehr aufblühen ..., wenn man Europa und die Zinspolitik ansieht ... Es würde uns besser gehen, wenn man in unserem Land auch sparen könnte.“

Letztlich ist die Finanzkrise aber nur ein Mosaikstein innerhalb der sozioökonomischen Krisensymptome in Deutschland, die von der Zielgruppe wahrgenommen werden.

In der Zielgruppe, und dort vor allem im Osten, wird ein Klima sozialer Kälte im Kontrast zum Wohlfahrtsstaat wahrgenommen. Als gesamtgesellschaftliche Krisenphänomene werden hier etwa in vielfältiger Variation die wachsende Ungleichheit der Einkommen, ja eine wachsende gesellschaftliche Spaltung in Arm und Reich, welche die Mittelschichten beiseite dränge, genannt.

„Und dann gibt es große Unterschiede. Gerade hier im Osten, von Leuten, die im Prinzip die letzten 25 Jahre sich an den Rand gedrückt fühlen.“

„Gibt nur noch Arm und Reich. Nicht mehr die Mittelschicht.“

„Die Reichen werden immer reicher und Armen immer ärmer und Mittelstand gibt es gar nicht mehr. Gibt ja nur noch Arm und Reich.“

„[Deutschland ist] in den letzten zehn Jahren eines der Länder in Europa, wo die Schere am schnellsten auseinandergegangen ist zwischen arm und reich.“

„Wir haben eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Das Mittelding gibt es nicht mehr.“

Ferner wird eine wachsende materielle Not und Marginalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen trotz steigender Wirtschaftskraft im Land thematisiert (Stichworte Altersarmut, Kinderarmut oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse).

„Denke schon, dass die Armut in Deutschland relativ groß ist und wir gerne die Augen zu machen, dass die da ist.“

„Nichtsdestotrotz finde ich, dass es vielen Leuten viel schlechter geht, viel mehr Kinder in Einrichtungen gehen müssen zum Essen. Man sieht immer mehr Leute, die Mülleimer durchwühlen, nach Flaschen, anderen Sachen suchen. [...] Die Leute können ihre Wohnung nicht mehr bezahlen. Müssen zwei bis drei Jobs annehmen.“

„Das sind die Rentner, die an der Armutsgrenze leben. Früher gab es das nicht, dass ein Rentner kein Geld hatte.“

„Wenn ich zu McDonald's gehe und sehe Leute dort arbeiten, die garantiert in der Rente sein müssten. Oder wenn ich unsere Hermes-Frau sehe, die auch schon längst in der Rente ist und wo es halt nicht reicht, da denke ich mir, das kann in einem Land wie unserem – mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten – kann es ... wenn jemand sein ganzes Leben gearbeitet hat und dann reicht die Rente hinten und vorne nicht und man muss arbeiten gehen, damit man sich ein bisschen was leisten kann, das ist beschämend.“

Eher aus der Sicht (potenzieller) Betroffenheit wird von prekären Berufsperspektiven und steigenden Bildungsinvestitionen für jüngere Generationen gesprochen.

„Kenne Leute, die sind hervorragend ausgebildet und haben ein Studium und gehen mit 1300 Euro nach Hause.“

Erwähnt werden Aufwendungen für die Gesundheitsvorsorge (u.a. auch bei der Pflege), eine angesichts der wachsenden Belastungen durch das moderne Berufsleben nachlassende Gesundheit oder auch steigende Kosten für das Wohnen sowie eine Teuerung des Lebensunterhalts.

„Mir wird nur Angst, wenn ich ins Pflegeheim muss oder ins betreute Wohnen, ich kann es mit meiner Rente nicht bezahlen.“

„Wir haben in der Firma eine Burn-Out-Quote von 4% ..., das heißt, von 100 Leuten sind vier langzeitkrank, wegen völliger Überlastung. Das gab es früher nicht.“

„Gucken Sie sich mal die Mieten an – da fällt mir gar nichts mehr ein. Von einer Dame die Tochter – die hat 1.800 Euro Lohn und zahlt 850 Euro Miete!“

„Wir hatten die Sicherheit [in der DDR], immer 10% vom Gehalt bezahlt, sodass wir Miete und Wasser und sowas bezahlt haben; heutzutage ist es mehr als die Hälfte, was wir für die Miete drücken müssen. Die Kosten sind gestiegen. Was am Ende zum Leben übrig bleibt, kann man vergessen.“

„Geld ist doch immer weniger Wert. [...] Die Kaufkraft wird immer geringer.“; „Die sagen doch, dass die Lebenshaltungskosten um 0,2% gestiegen sind. Stimmt doch gar nicht. Sind im Endeffekt um 30-40% gestiegen. Da wird von der Regierung mit den Zahlen Unfug getrieben.“

Auf der anderen Seite findet man die Auffassung, dass sich Arbeit und Fleiß nicht mehr lohnten, dass hart verdientes Geld immer weniger wert oder auch der Mindestlohn zu niedrig sei.

„Es lohnt sich in Deutschland nimmer fleißig zu sein und zu arbeiten. Die Schere, zwischen Verdienst und dem, der nichts tut ... und wir haben keine Vollzeit-Jobs – 40-Stunden-Arbeitswochen gibt es gar nicht mehr. Wir haben kein Wachstum ... Die Leute, die jetzt arbeiten gehen, gehen eines Tags in die Rentenarmut rein. Weil die so unter das Niveau fallen, dass die in Hartz IV fallen. Arbeit muss sich lohnen. Muss belohnt werden.“

Diese negative Sicht auf die Gegenwart und die Zukunft wird durch verschiedene soziokulturelle Krisensymptome klar verstärkt. Teils als längerfristige Entwicklung über die letzten Jahre, etwa in Form eines Werteverlustes, teils als direkte Folge der Zuwanderung. Aufgrund des starken Flüchtlingszustroms ab 2015 entstehen ein wahrgenommener Kontrollverlust und Überforderung, Verunsicherung und wachsende Orientierungslosigkeit sowie Angst, die eigene kulturelle Identität zu verlieren. Die wahrgenommenen soziokulturellen Krisensymptome können deshalb als zentrale Ursache der Erregung über die gegenwärtige Lage in Deutschland gelten.

Ein kleiner, aber nicht ganz unwichtiger Punkt ist hier die Wahrnehmung eines sich schon längerfristig manifestierenden moralischen Verfalls und Werteverlustes in Deutschland sowie Klagen über wachsende Respektlosigkeit und Sprachverfall, ein vor allem auf Konsum ausgerichtetes Leben und Individualismus.

„[Es fehlt heute] gerade an Respekt. Toleranz. Ehrlichkeit. Aufrichtigkeit. Moral [...] Gerade die Älteren sagen, gerade was das betrifft, hat sich Deutschland sehr zum Negativen [verändert].“

„Die Welt hat sich schon ein bisschen verändert für Menschen wie mich mit 50. Sehen Sie mal mit Handy – das hatten wir ja auch nicht vor 30 Jahren gebraucht, da werde in der Bahn angeempelt von einem, weil der in sein Handy schaut und der macht mich noch an.“

Oder hier direkt mit der Zuwanderung und Integrationsproblemen in Verbindung gebracht:

„Saß letztens mit einer Gruppe jugendlicher Ausländer im Bus und die haben die Kerne überall hingespuckt. Als ich die angesprochen habe, deswegen, wurden die noch frech.“

„Am Wochenende habe ich über das KaDeWe was gelesen. Englisch und Deutsch. Im deutschen Text wurden trotzdem englische Begriffe verwendet. Was mich richtig nervt, dass man die Sprache verhunzt. Das mag ja „trendy“ sein, aber ich finde es armselig, wenn man keine deutschen Worte findet.“

„Wenn was heute nicht mehr funktioniert, wird es weggeschmissen und ersetzt.“

„Nachbarschaftshilfe wurde [in der DDR] großgeschrieben. Jetzt ist jeder sich selbst der nächste. Das ist auch in der Familie so. Traurig.“

Auch der Verlust an Gemeinsinn, Zusammenhalt und Gemeinschaftsgefühl waren gerade in den Fokusgruppen und Interviews der Studie in verschiedenen Facetten ebenso zu hören wie der Wunsch nach Einheit, gesundem Patriotismus, in dem man auch stolz auf sein Land und seine Errungenschaften sein kann.

„Dass die Gesellschaft nur auf ich, ich, ich aus ist. Keiner achtet mehr auf Nebenmann. [...] Einfamilienhaussiedlung – wenn der Nachbar in Urlaub ist, haben andere noch geguckt oder für den Rasen gemäht. Und heute kann da eingebrochen werden, und keiner kriegt es mit.“

„[Das Bild der Leichtathletin hier in der Collage bedeutet] aufstehen müssen. Uns die Hände reichen müssen. Zusammenhalten müssen. Wir sind Deutsche, schauen nach vorne und stehen zusammen.“

„Es gibt kein Land auf der Welt was sich so schämt für seine eigene Entwicklung und Leistung wie Deutschland. Man kann schon hier sehr stolz sein, was hier alles erreicht wurde. Nur, man darf es nicht sagen. Man muss sich schämen, Deutscher zu sein. [...] Deutschland stellt sich in duckmäuserische Rolle, was wir im Krieg getan haben. Ich habe mit dem Krieg nichts mehr zu tun.“

Aber auch das Bedürfnis nach dem Erhalt traditioneller Begrifflichkeiten und Sitten, die gegebenenfalls nicht politisch korrekt, dafür aber schon lange im Bewusstsein und Sprachgebrauch stehen, wird in den Fokusgruppen und Interviews Ausdruck gegeben: allen voran der Weihnachtsmarkt⁴, der Negerkuss oder die Zigeunersoße.

„Weihnachten ist ja typisch Deutsch. Weihnachtsmärkte dürfen nicht mehr Weihnachtsmarkt heißen, sondern Wintermarkt. [...] Negerkuss – das darf man nicht mehr sagen ...“

„Zigeunersoße“; „Wir müssen uns immer irgendwelchen Leuten anpassen – das geht nicht mehr.“

„[Ich] möchte nicht, dass meine Tochter irgendwann mal zu einem Lampion-Fest geht. Möchte, dass es der St. Martins-Zug bleibt. Ich möchte keine Jahresabschlussfeier machen. Möchte eine Weihnachtsfeier machen.“

1| Tatsächlich findet sich kein Hinweis darauf in den Fokusgruppen und Interviews.

2| Als weitere Krisenphänomene gelten darüber hinaus der Krieg in der Ukraine, der syrische Bürgerkrieg, die autoritäre Wende und die Gewalt in der Türkei (zum Beispiel der Putschversuch vom 15.07.2016).

3| In diesem Zusammenhang können verschiedene Befragungen genannt werden, in welchen auf eine sinkende Zustimmung zur EU in Deutschland hingewiesen wird, zum Beispiel zitiert die Welt vom 09.05.2016 u.a. eine Studie, laut der mehr als 1/3 der Deutschen die EU ablehnten und einen Austritt Deutschlands befürworteten, siehe: <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article155196883/EU-Eliten-verspielen-das-Vertrauen-der-Buerger.html> (31.12.2016).

4| Die Debatte bezieht sich auf eine Fake-News, nach der angeblich aufgrund der muslimischen Zuwanderung auf den Begriff Weihnachtsmarkt zugunsten von Wintermarkt verzichtet werden würde.

5. ZUWANDERUNG, INTEGRATION UND KULTURELLE VERUNSICHERUNG

Die größte Übereinstimmung findet sich bei der Zielgruppe in der Bewertung der Zuwanderung. Sie erregt die Teilnehmer der Studie wie kein anderes Thema. Probleme werden daran festgemacht oder ein Bezug hergestellt. Zuwanderungs-, Integrations-, Flüchtlings- und Asylpolitik werden mit Skepsis begegnet.

„Es wird ja immer erzählt, dass man die Ängste und Sorgen der Bürger ernst nehmen soll, das ist ja immer das Schlagwort. Das geht auch an der Realität vorbei. Die Leute haben keine Angst. Die Leute wollen es [die gegenwärtige Flüchtlingspolitik] einfach nicht.“

Die große Zahl der insbesondere 2015, aber auch danach ins Land Gekommenen wird als viel zu hoch, für Deutschland nicht verkraftbar und dadurch letztlich auch für die Flüchtlinge selbst für wenig förderlich gehalten.

So heißt es etwa, dass es „zu viele [Flüchtlinge]“ sind, die ins Land kommen, weshalb „das Boot voll“ sei, was letztlich keinem, auch den Flüchtlingen nicht mehr helfe.

„Man darf das Boot nicht so vollmachen – sonst hilft es keinen mehr. Und wenn man immer mehr aufnimmt, kann man den Bedürftigen gar nicht mehr helfen. Keine Sprachkurse können mehr organisiert werden. Es gibt keine Sozialarbeiter mehr, die helfen können. Man schadet einfach auch den Leuten, die kommen, dass man den gar nicht mehr helfen kann.“

Dabei wird die sogenannte Grenzöffnung im Sommer 2015 ohne eine, für die Zielgruppe als hinreichend empfundene internationale und auch nationale, demokratische Abstimmung ebenso stark kritisiert wie die Tatsache, dass es Deutschland und seine Behörden nicht geschafft hätten, geltendes Recht umzusetzen.

„Das Problem ist, dass die über unsere Köpfe entscheiden und haben die so reingeholt, ohne uns weiter zu fragen.“

Das pragmatische und humanitäre Handeln in einer schwierigen Situation wird wie schon bei der Banken- und Griechenlandrettung abgelehnt. Nach Meinung der Zielgruppe hätten die allermeisten Flüchtlinge aufgrund der Dublin-Regelung nicht nach Deutschland einreisen dürfen, und die Einreise hätte deshalb verhindert werden müssen: Weil sie über sichere Drittstaaten kamen, und weil sie weniger vor Krieg und Verfolgung denn vor wirtschaftlicher Misere und Not in ihren Heimatländern geflohen seien und schlicht das deutsche Sozialsystem genießen wollten, das ein bequemes Leben für sie ermögliche.

„Meistens sind es nicht welche, die aus der Not zu uns kommen, sondern Wirtschaftsflüchtlinge. Die sagen nur ‚das Land hat ein geiles soziales System und hier möchte ich rein, hier möchte ich mich wohlfühlen‘.“

Die Grenzöffnung stellte aus Sicht vieler Befragten insofern eine Entscheidung gegen den Willen des Volkes und gegen das Gesetz dar, was die Einzelnen letztlich hilflos und mit einem Gefühl zurücklässt, dass das Handeln der Regierung zu einem Kontrollverlust geführt hätte.

Hierbei gilt es allerdings festzustellen, dass ein Großteil der Teilnehmer der Studie durchaus Verständnis dafür zeigt, Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten mit akuter Gefahr temporär aufzunehmen – jedoch sieht man diese Not bei den Flüchtlingen nicht.

„Wenn einer Asyl braucht – wenn einer in seinem Land verfolgt wird, dann ja. Aber das sehe ich bei vielen Leuten hier nicht.“

„So viele Ausländer kommen rein. Deutschland nimmt ja jeden. Kriegsflüchtlinge sind ja noch OK. Ich wäre froh, wenn hier Krieg wäre, und mich nimmt ein anderes Land auf. Aber hier kommt ja alles rein.“

Dass hauptsächlich allein reisende Männer kommen, die ihre Familien in der fluchtauslösenden Situation zurückließen, lässt diesen Eindruck sogar noch wachsen.

„Es sind auch viele junge Männer, die kommen und Kinder ohne Eltern. [...] Ich gehe nicht ohne meine Familie los. Wenn meine Familie in Krisensituation sitzt, dann gehen wir entweder zusammen oder gar nicht. Wir befinden uns dann doch alle in der Gefahrensituation und nicht nur einer.“

Im Grunde habe der Staat auf verschiedenen seiner Kerngebiete versagt, nämlich Sicherheit, Recht und Ordnung zu gewährleisten, die humanitäre Geste der Flüchtlingsaufnahme sei letztlich *„allen über den Kopf gewachsen“*. Beklagt wird gleichermaßen, dass staatliche Aufgaben teil- und zeitweise nicht mehr wahrgenommen worden seien (wie etwa die Sicherung der Grenzen oder die Registrierung von Flüchtenden), aber auch die mangelnde Organisation bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge (Stichwort LAGeSo). Der deutsche Staat, den man trotz aller Kritik als bislang stabil, funktions- und handlungsfähig empfand, sei an seine Grenzen gekommen.

„Darum geht es gar nicht [Kriegsflüchtlinge aufzunehmen]. Es waren die Massen. Die haben es nicht mehr geschafft die Fingerabdrücke zu nehmen. Das gibt ja ohne Ende Leute aus Tunesien und Nord-Afrika. Da ist eben kein Krieg. Nicht so angenehm dort zu leben wie hier. Aber dann müssten die ja aus allen Ländern der Welt zu uns kommen. Und es wird einfach nicht kontrolliert. Und wenn man sagt, man will Grenzkontrollen machen, dann wird gesagt, die Wirtschaft bricht zusammen und es gibt wieder Staus.“

Die finanziellen und sozialen Kosten von Unterbringung und Versorgung sowie der anstehenden Integration bzw. Abschiebung werden ebenfalls intensiv diskutiert. Statt eigener sozialer Probleme würden etwa die Probleme anderer mit unnötig großen finanziellen Mitteln und zeitlichem Aufwand gelöst.

„Die Flüchtlingsbewältigung. Da fließen ganz viele Gelder hin, die eigentlich dem deutschen Volk guttun würden. Wenn man in demselben Zuge, wie man Flüchtlingsheime baut, Kindergärten bauen würde, dann würden die Leute auch mehr Kinder kriegen. Wenn man junge Familien mehr unterstützen würde.“

„Diese ganze Flüchtlingsgeschichte hat viel Geld und Zeit in Anspruch genommen. Geld – auf Staatskosten und Zeit der Politiker, die sich damit auseinandersetzen müssen, wie die das lösen. Sicherlich kann ich verstehen, dass dadurch einige Sachen innerpolitisch untergegangen sind.“

Durch die staatliche, aber auch die private Flüchtlingshilfe fühlen viele in der Zielgruppe ihr Verständnis von Gerechtigkeit und Fairness in der Gesellschaft verletzt. Während verschiedene „arme“ Deutsche vor allem (aber nicht nur) in der Vergangenheit etwa mit ihren Ansprüchen an den Staat

leer ausgingen, stünden plötzlich Geld und andere Ressourcen in sehr großem Umfang für die Flüchtlinge zur Verfügung.

„Und ich habe mit Schulen auch zu tun. Die verfallen, weil kein Geld da ist. Und auf einmal kommen die Milliarden her – kein Wunder, wenn Frust und Hass und Neid aufkommt. [...] Bei Kitas ist es genauso. Die Kita bei uns zerfällt völlig und Flüchtlingsheime werden schön ausgebaut. Sehr ungerecht.“

„Wir wissen alle, dass Wohnungen fehlen und die Politik hat mal eben die Sozialwohnungen abgekanzelt und jetzt kommen die ‚Besucher‘ rein und schon kann man es wieder aktivieren. Warum hat man nicht mal die Kraft, sich für eigene Leute zu kümmern?“

Am Ende erhielten die Flüchtlinge sogar noch eine genauso hohe finanzielle Unterstützung wie ein einheimischer Bedürftiger, obwohl diese – anders als womöglich der Deutsche – nie in die Sozialversicherung eingezahlt hätten. Insgesamt wird in dieser Zielgruppe klar das Bedürftigkeitsprinzip (im Gegensatz zum Beitragsprinzip) abgelehnt.

„Und dann kommen diese Leute aus dem Ausland, die genau das gleiche kriegen – auch mit Hartz IV bedacht werden, ohne was dafür getan zu haben.“

„Die [Asylanten] werden nach einem Jahr auf Hartz IV gesetzt und kriegen Unterkunft bezahlt und denselben Betrag wie ich auch. Und was haben die dafür getan? Gar nichts.“

„Und die, die 35 Jahre gearbeitet haben und auch mal arbeitslos werden und nach einem Jahr bist du dann Ruckzuck in Hartz IV drinnen und wirst gleichgestellt mit denen, die hier nie was eingezahlt haben.“

Es werden vor allem Mehrleistungen für Flüchtlinge angesprochen, die (prekären) Deutschen nicht gewährt würden (zum Beispiel kostenlose Fahrscheine beziehungsweise Freifahrten in öffentlichen Verkehrsmitteln).

„Unsereins muss für viel Geld Fahrscheine kaufen. Das kriegen die alles umsonst.“

„Wir haben das Gefühl, dass Asylanten besser behandelt werden als ein Deutscher.“

„Ich muss mir ein Ticket für 2,60 kaufen – ein Flüchtling nicht. Aber der kriegt doch auch Geld, warum muss der nicht das Ticket kaufen. Da würde die Integration doch anfangen, dass die genauso viel Geld bekommen wie Hartz IV und dann aber auch alles davon bezahlen müssen, wie wir auch.“

Ebenfalls kritisiert wird das Engagement Freiwilliger in der Flüchtlingshilfe, welche für Deutsche keine vergleichbare Unterstützung leisten würden.

„Am Anfang, wenn Fremde reinkommen, also Ausländer, dann kommen die gleich in eine Betreuung, wo einem gesagt wird, was man machen kann und wo und wie man Anträge stellen kann. Wenn ich als Deutscher arbeitslos werde, noch nie was damit zu tun gehabt habe, dann muss ich gucken, was ich machen kann. Da kriege ich keine Hilfe oder Unterstützung.“

Dem Staat wird vorgeworfen, dass die Maßstäbe gewissermaßen „verrutschen“ würden. Häufig würden Kleinigkeiten geahndet, etwa bei „kleineren Schummeleien“ in Hartz-IV-Anträgen oder bei der Verweigerung von GEZ-Gebühren, während größere Gesetzesbrüche (genannt werden u.a. die Eurorettung und die Identitätsverschleierung zahlreicher Asylbewerber zum Beispiel durch Ver-

nichtung der Ausweispapiere) geduldet würden. Damit geht der Vorwurf einher, die deutsche Justiz sei gegenüber Ausländern und Flüchtlingen besonders milde.

„Man sieht doch was für Urteile gefällt werden. Gerade wenn es um Zugereiste geht.“

„Die Justiz muss härtere Urteile fällen. Leute, die Straftaten begehen, einsperren, ausweisen. Dass die nicht dem Sozialstaat noch zur Last fallen.“

Den Zuwanderern wird hingegen eine erhöhte Kriminalität attestiert. Der Anstieg der Kriminalität und die damit verbundene Unsicherheit war zum Beispiel ein virulentes Thema in den Collagen, welche die Teilnehmer in den Fokusgruppen aufbrachten, ebenso aber auch in der Diskussion und in der Befragung.

„Die Kriminalitätsrate steigt von Null auf 100. Kann auch keiner einem was vormachen.“

„Mit der Kriminalität, das ist ja auch erschreckend.“

In der Wahrnehmung einiger Teilnehmer der Befragung, aber auch zahlreicher Kommentatoren auf Facebook und Kommentarseiten verschiedener Online-Medien ließe eine zu laxen Strafverfolgung die Kriminalität ansteigen – ausländische Straftäter hätten ja nur wenig zu befürchten oder würden unsere nicht handelnde Justiz sogar verlachen.

„Keiner hat was gegen Asyl. Keiner sagt „Ne, wollen wir nicht“. Es geht um das Problem, dass kontrolliert wird. Wenn wir durch die Stadt gehen, sehen wir junge Kerle, die in der Innenstadt ein großes Maul haben und die Mädels angraben. [...] oder klauen gehen. So blöde wie es klingt, die haben keine Konsequenzen zu fürchten. Und das ist das Problem.“

„Und mit viel zu laschen Regularien und Strafen, werden wir hier ausgelacht. Habe Sachen erlebt – im Café gesessen und Gespräch gehört: ‚Kannste machen, die sind hier so doof, dass merken die sowieso nicht‘. Das ist doch peinlich. Die wissen genau, die können es mit uns machen.“

Vor allem aber stünden eine erhöhte Kriminalität und ein erhöhter Ausländeranteil in einem direkten kausalen Zusammenhang.

„Seit gut einem Jahr, seitdem wir die Flüchtlingsschwämme haben hier ... und die damit verbundene erhöhte Kriminalität. Wo auch so gut wie gar nicht gegen angegangen wird. Das ist das, was so beunruhigend ist. Es gab immer Kriminelle. Immer Idioten. Aber das jetzt da so wenig gegen unternommen wird, ist schlimm. Und das ist das Verschulden der politischen Parteien, die da zu wenig zu tun.“

Ebenso in einem Kommentar zur Berliner Abgeordnetenhauswahl:

„Berlin wird jetzt ein Paradies für kriminelle Ausländer. Man sollte am besten eh alle Asylanten in Berlin ansiedeln, da wollen die jungen Männer doch eh alle hin, Party ohne Ende und willige linke ... ohne Ende vorhanden.“

In einem anderen Kommentar heißt es zudem:

„Unappetitlich nenne ich auch die fröhliche Duldung der Rauschgifthändler im Görlitzer Park und am Kottbusser Tor. Unappetitlich ist auch, sich seine Träume von einem Maghreb auf dem Alex von fremden, arbeitenden, Menschen bezahlen zum lassen, gegen deren Willen.“

Gerade die Belästigung von Frauen bis hin zur Vergewaltigung, wie etwa in der Nacht zum 1. Januar 2016 in Köln und anderen Städten, führt zu regelrechter Empörung, die sich in einer „gesalzenen“ Wortwahl niederschlägt. Entsprechend sind zum Beispiel die Kommentare hierzu sehr eindeutig:

„Sie vergewaltige unsere Frauen und Kinder ... WIR SCHAUEN ZU!!!“.

In einem anderen Kommentar heißt es:

„Außerdem muß man ständig befürchten, daß Frau oder Tochter entführt wird oder ein durchgeknallter Hammeldieb eine Bombe zündet.“

Auch in der direkten Befragung halten sich einige nicht mit ihrer Meinung zurück.

„Da war es einer aus Tunesien, dann einer aus Nigeria – das macht natürlich die Leute unsicher. Jeder Ausländer auf der Straße ist potenzieller Feind.“

Dabei wird gerade mit Blick auf diese Straftaten davon ausgegangen, dass es sich nicht um Einzelfälle handele, sondern um ein generalisiertes Phänomen. In den Internet-Kommentaren zu Köln heißt es zum Beispiel:

„Alles Einzelfälle. Gut, in dem Fall 1000 Einzelfälle ...“

„Es sind keine Einzelfälle. Es ist eine Katastrophe gigantischen Ausmaßes.“

Ältere und Frauen unter den Befragten behaupten, sie hätten ihr alltägliches Verhalten geändert. In Kommentaren zur Berliner Abgeordnetenhauswahl heißt es zum Beispiel:

„Früher wählte ich Grün/SPD, dieser Fehler wird mir nie wieder passieren. Ich gehe abends nicht mehr alleine raus, trage keine Röcke und Kleider mir, habe mir Pfefferspray zugelegt ... wenn das das Ergebnis deutscher Toleranz und Multikulti ist, dann scheiss ich auf Multikulti. Ich will mein Deutschland wieder ...“

„In der Nebenstraße bei uns ist es richtig heftig. Ich bin nicht klein und wurde noch nie angegriffen. Ich bin kein 1,50-Weibchen, das zieht bei mir nicht. Trotzdem gibt es Straßenzüge wo ich echt einen Umweg mache.“

Andere geben an, Angst um ihre Frauen und/oder Töchter zu haben. So zum Beispiel in einem Kommentar zur Silvesternacht in Köln.

„Ich habe auf jeden Fall Angst um die Sicherheit meiner Frau und meiner Tochter.“

Aber auch Befragte äußern sich so:

„Ich habe eine Tochter – die ist 13 Jahre alt. Wenn ich denke, dass die in drei Jahren wo hingehet, wenn die 16 ist, das geht doch gar nicht mehr. Die ist nicht mehr sicher.“

Ein anderer Aspekt der grundsätzlichen Zuwanderungsablehnung zielt direkt auf die Identität: die Angst vor Überfremdung, gerade (aber nicht nur) durch Zuwanderer aus dem arabischen und sonstigen islamischen Kulturkreis. Diese empfundene Überfremdung fängt dabei schon im Kleinen an, etwa wenn es um die Schulbildung der eigenen Kinder geht, die durch zu viele Ausländer in der Klasse massiv gestört würde:

„Meine Tochter lernt nichts mehr. Das ist erschreckend.“

In der Hauptsache dreht sich diese Diskussion jedoch um bereits in der Vergangenheit fehlgeschlagene Integration, was mit einem regelrechten Hassbegriff innerhalb der Zielgruppe assoziiert wird: Multikulti.

„Und dann kriegt man mal mit, dass einer ein bisschen Deutsch kann und fragst den denn, wie lange der schon hier ist: ‚20 Jahre‘.“

Ein drastisches, aber nicht untypisches Beispiel kommt aus einem Kommentar zur Kölner Silvesternacht:

„Multikulti wird heute viel zu optimistisch gesehen, da es nur eine verharmlosende Umschreibung für die von unserer Regierung gewünschte Ausrottung des deutschen Volkes ist.“

Besonders eine Islamisierung, die die Frauen zur Burka oder zum Niqab, aber auch zur bedingungslosen Unterordnung unter ihre Männer verdamme, gilt dabei als Bedrohung und zeuge von einem viel zu geringen Integrationswillen der Zuwanderer.

„Burka tragen, warum kann man das Gesicht nicht sehen? Kann auch Terrorist sein, kann auch ein Mann sein. Ich habe Angst vor solchen Leuten.“

„Die Flüchtlinge sollen sich hier aber auch anpassen. Wenn ich in der Türkei in die Moschee gehe, muss ich mir auch was über die Arme tun. Wenn ich die hier schon mit ihren Kopftüchern herumlaufen sehe, dann sollen sich die anpassen. Sind hier in Deutschland und sollen sich auch so benehmen.“

Generell habe man auch dadurch Angst davor, Deutschland alsbald nicht mehr wiederzuerkennen oder allgemeiner schlicht: „Angst vor der Zukunft“.

„In der Bahn [...] – ein Deutsche – da kommen 5 Ausländer drauf. Habe das Gefühl, das ich nicht mehr in Deutschland bin. Dann reden die in ihrer Sprache.“

So auch in einem Kommentar zur Silvesternacht in Köln, in dem eine düstere Prognose für Deutschland gezeichnet wird:

„Deutschland wird sich verändern. Jetzt haben wir einen Eindruck davon erhalten. Mit tut es besonders für unsere Frauen und Mädchen leid. Für sie wird es sehr schwer werden.“

Auch im Verbund mit der internationalen Instabilität und den Krisentendenzen erscheinen Sicherheit und Stabilität der gewohnten Lebensumstände in Gefahr. Gewissermaßen bedeuten diese Wandlungsprozesse eine Überforderung, das vielfältig und komplex auf das individuelle Leben einstürmende Neue in den bestehenden Kosmos vertrauter Bedeutungen und Wertprämissen einzugliedern.

„Dass wir aber auch unsere Werte [behalten]: ordentlich zu arbeiten, fleißig zu sein, pünktlich zu sein. Diese Werte werden ausgeschwemmt, nicht mehr gestärkt. Es geht da drum, dass wir uns als Bevölkerung von Deutschland noch im Spiegel angucken können. Mittlerweile geht aber alles den Bach runter.“

Auf diese Wahrnehmung reagieren die Befragten mit Wut, Enttäuschung und Unzufriedenheit. Dies wird kombiniert mit Nostalgie, nach dem Motto „Früher war alles besser.“, vor allem in Bezug auf eine ethisch sowie ethnisch kohärente Gesellschaftsordnung, in der man sich auskennt.

Es bleibt hier zu erwähnen, dass die Mehrheit der Studienteilnehmer Ausländer keineswegs per se ablehnt. Sofern sie weitgehend integriert oder noch besser kulturell assimiliert sind, also gutes Deutsch sprechen, „nützliche“ Dienstleistungen und Geschäfte betreiben (zum Beispiel Restaurants) und optimalerweise auch sehr ähnliche Auffassungen über die Rolle und die Freiheiten der Frau in der Gesellschaft teilen, dann spielt in großen Teilen selbst in dieser eher Ausländer kritischen Zielgruppe weder die Herkunft noch der Glaube eine große Rolle.

„Die Freunde meiner Kinder sind viele Ausländer. Sämtliche Hautfarben, die bei mir verkehren. Das ist kein Diskussionspunkt.“

Deutschland habe nie viel Wert auf Integration gelegt, und zudem sehe man insbesondere von Menschen aus dem islamischen Kulturraum viel zu selten eine Integrationsbereitschaft.

„Deutschland hat nie Wert darauf gelegt, dass Leute, die von woanders herkommen, sich integrieren.“

Auch in den Internetkommentaren wird hier häufig auf eine mangelnde Integrationsbereitschaft gerade muslimischer Zuwanderer rekurriert („sicher 90% [verweigerten sich von den Zuwanderern].“).

6. EXKLUSIVES WISSEN UND UNTERDRÜCKUNG „DER WAHRHEIT“

Gegenüber der Politik, den Medien und der Gesellschaft herrscht Misstrauen. Dies begründet sich darin, dass davon ausgegangen wird, dass Wahrheiten unterdrückt würden („Lügenpresse“, „Pinocchio-Presse“). Gerade im Fall der Zuwanderung würden die „eentlichen“ Wahrheiten manipuliert, „politisch unkorrekte“ oder „missliebige“ Wahrheiten kaum zugelassen, ja geradezu tabuisiert oder sogar kriminalisiert. Die „eentlichen“ Wahrheiten beispielsweise über die Kriminalität von Flüchtlingen, kämen nicht an das Tageslicht.

„Man muss Mut haben. Wenn sowas aber eskaliert, kann es sein, dass man mit Schlägen noch bedroht werden. Zu sagen, dass man es nicht mehr gut findet, was in Deutschland passiert. Das ist an manchen Orten nicht ungefährlich. Als Idiot oder Spinner bezeichnet wird, ist ja nur die milde Variante.“

Im Verbund mit der manipulativen Presse seien dadurch eine Vielzahl der Bürger im falschen Glauben über die wirkliche, verfahrenere Situation im Lande gelassen worden. In der Zielgruppe herrscht der Eindruck, dass sie wüssten, welche Wahrheiten unterdrückt würden. Während die Mehrheit quasi von den Medien für dumm verkauft wird, gehen viele Befragte davon aus, selbst über exklusives Wissen zu verfügen.

„Es war sehr erschreckend, wie wenig viele Leute von den tatsächlichen Fakten wussten und wie stark die Medienmacht ist und deren propagandistische Manipulation immer noch wirkt. [...] Aufklärung und Information der Menschen auf den Straßen, insbesondere der Menschen, die über kein Internet verfügen bzw. sich dort nicht informieren halte ich für dringend notwendig. [...] Ich denke, mehr als die Hälfte der Menschen wählt die Altparteien einzig aus blanker Unwissenheit, Indoktrination und weil die Gehirnwäsche von Medien und Politik so gut gewirkt hat.“

Vor allem ist dadurch der Eindruck entstanden, die Meinung und die Sichtweisen einer Vielzahl, wenn nicht sogar von einer Mehrheit von Menschen zu einem zentralen Thema würden im Parlament und den wichtigsten deutschen Medien nicht mehr vertreten, im Gegenteil urteilt man pauschal: Ohne Unterschied hätten praktisch alle zentralen Medien und jede Partei und ihre Vertreter im Parlament die Meinung einer Vielzahl von Menschen in Deutschland nicht nur ignoriert, sondern auch als rechtsextrem, „Quatsch“ oder menschenfeindlich diffamiert. In einem Kommentar zur Silvesternacht in Köln heißt es:

„Es ist einfacher Menschen mit ehrlicher Meinung zu diffamieren, als zuzugeben, dass Frau Merkel mit ihrer Willkommenskultur gescheitert ist.“

„[...] Du bist ein Nazi, das wird mir zu schnell rausgehauen. Auch wenn man mal patriotisch redet. Gar nicht rassistisch, bloß patriotisch, da wird man in die rechte Ecke gestellt. [Da fühlt man sich] diskriminiert [...] die bezeichnen uns ja als Pack.“

„Und wenn du deine Meinung sagst, dann biste gleich ein Nazi. Und ich finde, ich bin kein Nazi, nur, weil ich will, dass Deutschland Deutsch bleibt.“

Die Artikulation von alternativen Meinungen und Lösungswegen zur gegenwärtigen Politik, vor allem zur Flüchtlingspolitik, sei dadurch ausgehebelt und ein Großteil der Bevölkerung politisch marginalisiert und in die rechtsextreme Ecke gedrängt worden.

„Ich weiß, dass Leute, die AfD wählen, es sich nicht leisten könnten, dies in ihrem Betrieb dort zu sagen, öffentlich machen, sich dazu bekennen, dann hätten die einen verdammt schlechten Stand. Das weiß ich. Mich trifft es nicht – ich bin freier Unternehmer. Aber eine Freundin, die arbeitet als Prokuristin, die muss richtig aufpassen. Ihr Vertrag wird nicht verlängert, auf Abstellgleis gestellt.“

In einem Kommentar zur erneuten Kandidatur von Angela Merkel heißt es:

„... dass man sehr schnell in ein Dilemma kommen kann wenn man sich ehrlich äußert [...] Sind doch die wenigsten die ihre ehrliche Meinung sagen. Andere haben Bedenken aufgrund einer ehrlichen Meinung den Job zu verlieren. So einfach ist das. Deshalb stimmen auch die Prozent Angaben der AfD Wähler nicht. Wäre nicht das erste Mal dass einer seinen Job verliert, nur weil er sich zur AfD bekennt.“

Die „politische Marginalisierung“, ein Phänomen, das sich auch im Alltag der Befragten wiederholen würde, da auch sie selbst sich nicht ernst genommen fühlen.

„Aber man muss schon aufpassen in der Öffentlichkeit – hier ist so ein schöner Weinkeller [in Frankfurt] – wenn man da sagt, man ist AfD-Wähler, dann gucken die schon komisch. Weil die eben noch nicht so weit sind, dass die in der Bundesregierung mitreden können.“

Anders hingegen sei es bei engen Freunden und zumeist in der Familie, dort gebe es nur selten Schwierigkeiten, die eigene Meinung auszusprechen und sich zur AfD zu bekennen. Oft werde hier die eigene Sichtweise geteilt.

Vor dem Hintergrund, dass sich die Zielgruppe marginalisiert fühlte, wird auch verständlich, warum die von verschiedenen Politikern unterschiedlicher Couleur gemachte Aussage *„die Sorgen und Ängste der Menschen ernst [zu] nehmen“* als unglaubliches Lippenbekenntnis oder leicht durchschaubares Wahlkampfgetöse aufgefasst wird.

„Ich glaube, meine Ängste nimmt keiner [von da oben] ernst.“

„Alles Floskeln, die Sie im Fernsehen hören ... besonders jetzt fängt man damit an, weil nächstes Jahr Wahlen sind, dann wird auf den dummen Michel eingegangen, damit der sich wieder verstanden fühlt. Aber letztendlich interessiert es die Politiker nicht.“

„Schöner Spruch. Macht aber keiner.“

Dabei würde man sich durchaus wünschen, ernst genommen zu werden und nicht als „rechte Spinner“ abgetan zu werden.

„Ja, sollte man schon. Bin auch froh, wenn mir mal jemand zuhört. Jeder hat Ängste.“

„Das würde ich 100% unterstreichen. Wenn man die nicht ernst nimmt, dann sieht man solche Wahlen wie Brexit oder wie in Amerika jetzt mit dem Präsidenten, dem Zukünftigen. Das ist die Folge davon, wenn man die Menschen nicht ernst nimmt.“

Das Gefühl, das man Meinungsmarginalisierung nennen könnte, steht auffällig im Kontrast zu der Haltung, man vertrete die eigentliche Meinung „DES Volkes“. Wenngleich man diese Sichtweise angesichts der garantierten politischen Freiheiten und allgemein funktionierender politischer Institutionen, wie etwa Wahlen, absurd finden mag, so stellt diese Auffassung gewissermaßen den Kern dessen dar, was einige, zumal (ostdeutsche) Kommentatoren im Internet, mit „*Wir sind das Volk.*“ meinen. Ihrer Sicht nach herrsche – oft mit Parallelen zur DDR versehen – in Deutschland eine (Meinungs-)Diktatur vor, in der man auch keine Wahl hätte. Dies wird insbesondere bei der Kommentierung der erneuten Kanzlerkandidatur im Internet augenfällig:

„Wie im Endstadium der DDR, Honecker hat immer Recht. Man kann parallelen zu Merkel eindeutig sehen. Gute Nacht CDU.“

„[...] wie die sturen Bonzen der SED nur mit dem Mantel der CDU/CSU- will sie so weitermachen- und wenn das Volk das wieder will-ist Deutschland „VERLOREN“.“

„In der DDR sahen wir gleichfalls Wahlen mit großem Gleichmut entgegen, immer derselbe Honecker, immer dasselbe Politbüro, immer derselbe Mangel und dieselbe Schönschreibe in den Zeitungen, immer dieselbe Aktuelle Kamera mit denselben Sprechern. Nur unsere Heimat blieb, während diese hier und heute plattgemacht wird, und das täglich mehr.“

Beispielsweise machen zwei Kommentare zur erneuten Kanzlerkandidatur von Angela Merkel dies deutlich:

„Was ist das für eine Demokratie, in der jede Partei in die vorgebliche Mitte strebt und bis auf wenige unterschiedliche Themenfelder dieselben Positionen vertritt. Einheitsdemokratie nenne ich es derzeit.“

„Damit haben die Einheitsparteien CDU/CSU/SPD/FDP/GRÜNE/LINKE ihren Untergang eingeläutet. Und das ist gut so. DANKE!“

Gerade in den Internetkommentaren fällt zum Beispiel auf, dass in vielen Fällen keine Unterschiede zwischen Parteien mehr gemacht werden, sondern alle etablierten Parteien pauschalisierend als „*Altparteien*“, „*Systemparteien*“ oder sogar als „*Blockparteien*“ etc. bezeichnet werden.

Obwohl man aufgrund der verschwörungstheoretischen Tonalität und der apokalyptischen Szenarien annehmen könnte, dass sich die Zielgruppe in weitgehend autarken oder zumindest abgeschlossenen Informations- und Kommunikationsräumen bewegt, kann diese These in den Interviews nicht bestätigt werden. Zwar lassen sich im Internet verschiedene Kommentatoren identifizieren – durch ihre geteilten Links sowie ihre häufigen Kommentare und dadurch, dass sie teils sogar untereinander bekannt sind – die sich vornehmlich im Netz bewegen und die gängigen Medien der Presse und im TV links liegen lassen.¹ Tatsächlich halten nicht wenige Netzkommentatoren Internetquellen für vertrauenswürdiger als die Leitmedien, so zum Beispiel ein Kommentar zur erneuten Kanzlerkandidatur Angela Merkels:

„... freue ich mich darauf wie Sie den deutschen Steuerzahlern und Rentnern, welche Sie gewählt haben, erklären wird, dass Merkelpolitik mal grade so ca. 100 Mrd. Bürgerschaftsgeld für Griechenland kostet, ca. 500 Mrd. der Turbo-Atom-Ausstieg, und die absolut planlose Wirtschaftsflüchtlingspolitik ca. 200 Mrd. bis ins Jahr 2020. Dies sind fundierte Zahlen, die man im Internet bei Politikversagen.net oder Focus.de oder YouTube nachlesen kann, im Fernsehen aber seltenst kommentiert werden.“

Dadurch liegt die Vermutung sehr nahe, dass die Netzkommentatoren sich vor allem in einer Filterblase bewegen. Auch fanden wir einzelne Personen in den Interviews/Gruppen, die sich stark in diesen Communities informieren und beteiligen. Allerdings gab es hier niemanden, der sich ausschließlich über diese Quellen informiert.² Obwohl die Teilnehmer jeglicher Medienberichterstattung kritisch gegenüberstehen und die vermeintlich tendenziösen Inhalte anprangern, sind diese die weitaus bedeutendsten Informationsquellen, allen voran ARD, ZDF, teils auch N24 und tagesschau24, verschiedene regionale und überregionale Tageszeitungen, off- wie online, wie zum Beispiel Spiegel, FAZ, Focus, Bild sowie lokale und überregionale Radiostationen usw. Das Informationsverhalten konzentriert sich dabei nur selten auf eine einzige Quelle, zumeist werden verschiedene herangezogen, um sich ein umfassendes Bild zu machen. Eigene Erfahrungen oder Erfahrungen von Dritten, mehr oder weniger dubiose Internetquellen,³ YouTube-Videos, Facebook bis hin zu internationalen Quellen (CNN, CCTV) fließen auf diese Weise in die eigene Meinungsbildung mit ein, je nach Präferenz, Internetkompetenz und Gewohnheit in ganz individueller Zusammensetzung. Dass hier womöglich nur die Informationen herausgefischt werden, die zur eigenen Einstellung passen und aus dubiosen Quellen stammen, wird eher nicht hinterfragt.

Generell lässt sich zum Beispiel feststellen, dass politische Themen eher mit Menschen besprochen werden, bei denen eine gespiegelte Meinung zu erwarten ist. Man sucht also Gleichgesinnte auf, um Informationen auszutauschen, aber keine Meinung zu bilden, sondern die eigene zu bestätigen.

„Habe Gleichgesinnte womit man sich austauscht, wo man was erfährt, was in den Medien ja nicht mehr gesagt wird, etwa geschlossene Gruppen. Auf Facebook. Man diskutiert über bestimmte Themen. Politische Sachen, die gerade so anstehen.“

Blickt man auf das Internet als Quelle, ist der Umgangston – begünstigt durch die Anonymität der Nutzer – deutlich rauer, direkter und vor allem auch menschenfeindlicher.

Im Internet finden sich menschenverachtende Kommentare zur Kanzlerkandidatur Angela Merkels über Flüchtlinge/Migranten: „*muslimische Merkel-Neubürger*“ oder „*fünf Millionen Weltenbummler*“, zur Silvesternacht in Köln: „*Scharia-Asylanten*“ oder „*Scharia-Affenhorden*“, zum Fall Lisa: „*Wüstlinge mit viehischen Gelüsten*“, „*fremdländische Sittenstrolche*“, „*arabische IQ83-Genies*“, „*Kümmel-türken*“ oder „*Kulturbereicherer*“.

Menschen, die nicht gegen Flüchtlinge sind, werden hingegen gerne folgendermaßen genannt: „*jubelkasper und teddybärwerfer*“, „*Bahnhofsklatscher*“, „*politisch korrekte Merkel-Klatscher-Zombies*“.

Diejenigen, die vor allem dort ihre Informationen erhalten, übertragen diese Sprache und denunzierende Begriffe („Merkelmedien“, „Gutmenschen“) auch teils in die wirkliche Welt. Diese Begriffe tauchen bei anderen, die im Netz nicht selbst aktiv sind und Kommentare schreiben, kaum auf. Tatsächlich stehen die meisten Studienteilnehmer aktivem Veröffentlichen/Teilen auf Facebook eher skeptisch gegenüber – aus fehlender technischer Affinität (v.a. die ältere Generation), aber auch wegen teils radikaler oder undifferenzierter Kommentare von Andersdenkenden – was auch hier wieder das Gefühl der Marginalisierung aktiviert.

Trotz der Nutzung von Mainstreammedien lässt sich ein großes Misstrauen gegenüber diesen in unserer Zielgruppe nicht bestreiten.

„[...] welche Programmvietfalt man hat und trotzdem die Meinungen immer flacher werden und immer einseitiger werden, dann finde ich es schon erstaunlich. Von unabhängigen und freien Medien kann ja nicht mehr die Rede sein. Wenn ich ARD und ZDF schaue, dann kriege ich den gleichen Mist jeden Tag erzählt. Fast wortwörtlich das Gleiche.“

Auch wenn die Abneigung und Kritik nicht gänzlich kategorisch war: Im Grundsatz war die Meinung stark verbreitet, dass die Presse lüge, selektiv berichte und auch Straftaten von Menschen mit Migrationshintergrund verschweigen würde. Dies deckt sich mit Misstrauen, ja teils einer kategorischen Ablehnung zahlreicher gegenwärtiger Politiker.

Dies zeigen zum Beispiel folgende ehrabschneidende Wortschöpfungen aus Kommentaren zum Fall Lisa: „Lügenkartell der BRD“, „Pädogrüne“, „grünlinke Mullahs“, „Thomas die Misere“, „Merkelclan“, „Sharia-Gabriel“ oder zur Abgeordnetenhauswahl in Berlin: „Sharia Partei Deutschistan“ (für SPD) (1967), „Spezialdemokrat“, „Industriehinternküsserparteien“, „Tot-Tot-Grab“ (für R2G) (2015), „Systemling“, „Völkereinwanderungsgutheißer“ oder „Maastapo (für das Ministerium von Heiko Maas)“.

Protestverhalten im Sinne einer Gegenkultur ist bei den Teilnehmern hingegen nicht zu beobachten. Kaum ein Teilnehmer hat je an einer Demonstration teilgenommen. Eher könnte man davon sprechen, dass nur Neigung zur Protestwahl vorhanden sei. Ehemalige Nichtwähler berichten, sie seien wieder zur Wahl gegangen und hätten die AfD gewählt, was sich auch in den Wählerwanderungsbilanzen messen lässt.

So wird das auch von den Befragten empfunden:

„Glaube auch, dass mehr Leute zur Wahl gehen, seitdem es die AfD gibt.“

Fasst man diesen Teil zusammen, so ist es der AfD gelungen, unterschiedlich begründete Unzufriedenheit und Misstrauen in Institutionen und Eliten zu bündeln und so zu einem Sammelbecken derjenigen zu werden, die in der Öffentlichkeit mit ihren Positionen wahrgenommen werden wollen.

„Gerade die, die mit der politischen Lage unzufrieden sind, finden hier Anklang.“

„Die [die AfD wählen], wollen eine andere Politik.“

- 1| Darüber hinaus werden rechte Blogs und Nachrichtenportale in Abgrenzung zu den vermeintlich „gleichgeschalteten“ Massenmedien als „unabhängige Medien/Quellen/Nachrichten“ bezeichnet. Als andere glaubwürdige Internetquellen gelten u.a. auch tichyseinblick.de oder www.wissensmanufaktur.net.
- 2| Gerade ältere Teilnehmer geben an, sich allenfalls, wenn überhaupt, passiv über Facebook zu informieren – sie sind eher nicht willens, auch aktiv zu posten. Ein kleiner Teil der Befragten hat es darüber hinaus aufgegeben, sich aktiv über Politik zu informieren. Entweder passierte dies aus mangelndem Themenverständnis (zum Beispiel bei der Außenpolitik), gefühlter einseitiger Berichterstattung oder aus dem kompletten Vertrauensverlust in die Medien und der wahrgenommenen Färbung.
- 3| Wie zum Beispiel www.zuerst.de oder www.newpi.wordpress.com.

7. WAHLMOTIVE POTENZIELLER AFD-WÄHLER

Ein genauer Blick auf die Gründe, warum die AfD in der heutigen politischen Landschaft attraktiv ist und von der (potenziellen) Zielgruppe gewählt wird, offenbart ein vielschichtiges Zusammenspiel unterschiedlicher Motive. Mehrere Motivbündel lassen sich erkennen: Die etablierten Parteien wirken auf einige abstoßend.

„Ich wähle die AfD, weil ich über die anderen Parteien frustriert bin.“

Andererseits sagen auch manche, sie entschieden sich für die Partei *„weil sie die besten Politikansätze hat“* und die eigene Meinung repräsentiere.

„Ich wähle die AfD, damit meine Meinung wieder gehört wird.“

Häufig finden sich Teilnehmer, die als „Frustwähler“ bezeichnet werden. Die Neigung zur AfD hängt dabei weniger damit zusammen, dass sie große Anziehungskraft entwickelt, ihr gar ein größeres Vertrauen entgegengebracht wird oder eine Verbesserung der Lage zugetraut wird.

„Die sind nicht anders als andere. Auch so Lügner. [...] Letztendlich wird diese Partei nicht anders funktionieren wie alle anderen Parteien auch, wenn die an die Macht kommen.“

„Ich habe die Befürchtung [...], dass die sich auch in den Parlamenten wohl fühlen und denken, prima Sache, und wenn wir uns nicht ganz so danebenbenehmen, können wir noch ein bisschen bleiben, und in sechs Jahren steht uns dann auch die Pension zu.“

„Haben noch keine Regierungsverantwortung, da kann man noch große Töne spucken.“

„Man testet es aus. Aber ob es was wird. Sehe ich noch Zweifel. [...] Letztendlich ist es so, wenn die AfD in der Bundesregierung ist, [...] dass es dann auch nur Marionetten sind, dass sich nie was ändern wird.“

„Ob die es schaffen würden, es besser zu machen? Weiß ich nicht. Wird viel geredet und auch zerredet.“

Das Bild von Parteien und Politikern ist bei diesen potenziellen Anhängern zu schlecht, um ihnen zu vertrauen. Vielmehr wird die AfD vornehmlich deshalb gewählt, weil sie es auch *„nicht schlechter machen“* würde als die anderen Parteien, aber in der Lage sei, diese *„aufzumischen“*.

„Bisschen Leben in der Politik! So will ich das haben. Die Politik in der AfD ist nicht so – aber die Diskussion in Gang bringen. Einfach ein bisschen Aufwachstimmung erzeugen. Gegen den Schlendrian, [damit] sich die anderen Parteien mehr anstrengen. Nicht so ganz der Einheitsbrei.“

Bei anderen ist die Wut größer als der Frust. Aber auch hier wird durch die Wahl der AfD eine Änderung des Verhaltens der anderen Parteien erwartet. Man könnte dies als „Signalwahl“ interpretieren. Anderen Parteien wird ein *„Denkzettel“* verpasst und der eigenen Stimme Gewicht verliehen.

„Ich möchte eigentlich nur der CDU und SPD einen Dämpfer verpassen.“

„[Wir brauchen jemanden, der] den Großen auch mal die Leviten liest.“

„Dass auch diese Seite im Volk gehört und in der politischen Landschaft vertreten werden will. Dass die doch mal merken, dass es auch andere Stimmen gibt.“

„Den Druck auf bestehende Parteien zu erhöhen und zu zeigen wo ist meine Basis wirklich. Und den Blick des Politikers zu schärfen, wo seine Basis ist.“

Hier wird die AfD kaum besser eingestuft als die anderen Parteien und wird gerade auch inhaltlich sowie personell nicht unkritisch gesehen.

„Unterschreibe nicht alles, was die Leute dort sagen.“

Manche berichten von einem mulmigen Gefühl, wenn sie die AfD wählen, da sie dort nationalistische und rechtsradikale Stimmen wahrnehmen.

„Mir wird Himmelangst davor, wer die AfD wählt. Angst, dass es ein brauner Mob wird.“

Wesentliches Element und immer wieder anzutreffen, ist eine klammheimliche Freude bei der Beobachtung von Niederlagen anderer Parteien am Wahlabend.

„Gewisse Genugtuung.“

„Große Freude.“

„Ich habe schon Freudentaumel gehabt.“

„Klatschen. Und Freundin angerufen, und, haste auch gewählt.“

„Ich empfinde ganz viel Freude. Wenn die so gut durchkommen.“

Häufig genießen diese Teilnehmer es, andere gewissermaßen zu bezwingen und zu siegen sowie die eigene Stärke zu zeigen und zu feiern, was umso besser gelingt, je stärker die anderen Parteien geschwächt werden.

„Wir könnten wieder Sieger sein. Dafür könnte die AfD stehen. ... wir stehen ja nicht schlecht da. Aber wir könnten viel mehr aufblühen.“

Dieses Gefühl des Triumphes resultiert aus der Wahrnehmung, gesellschaftlich diffamiert und in politischen Alltagsdiskursen an den Rand gedrückt worden zu sein. Im Freundes- oder Bekanntenkreis wurde daher über die eigene Meinung eher geschwiegen. Wahlerfolge der AfD sind somit eine Selbstvergewisserung, doch nicht allein mit der eigenen Meinung zu sein.

Andere haben sich der AfD als neuer Partei zugewandt, die man für attraktiver und besser hält als die anderen. Für diese stehen hier aber weniger konkrete politische Inhalte und Werte im Vordergrund. Das Erscheinungsbild und der Politikstil der Partei findet Zustimmung:

„Die AfD ist das, was aus dem Bauch kommt.“

Diese Attraktivität resultiert aus einer ganzen Reihe an für diesen Wähler positiven und sympathischen Eigenschaften, die er der AfD zuschreibt – und die er gleichzeitig bei den etablierten Parteien vermisst. So sieht dieser potenzielle Anhänger die AfD als eine „neue“ politische Alternative, die „frischen Wind“ in die politische Landschaft bringt, deutlich weniger „verbraucht wie die alten Parteien“ wirke, ja „mal was anderes, nicht immer die typischen Gleichen“, sei. Während die etablierten Parteien langweilig geworden seien, inspiriere die AfD, strotze vor Tatendrang und setze neue „Themen in der Öffentlichkeit“.

„[Die haben] eine andere Meinung, neue Meinung, die noch nicht so vertreten ist.“

„Neue Ideen.“

„Es [AfD] ist natürlich eine neue Partei, neue Möglichkeit, neue Chance.“

„[Dass] einfach mal frischer Wind reinkommt, dass sich was ändert. Was sich ändert, kann ich nicht sagen. [Es ist] einfach nur der Funke Hoffnung, der frischen Wind beibringt.“

Die AfD sei bodenständig und „volksnah“ geblieben, während die anderen Parteien sich in Sprache und Auftreten zusehends von den Bürgern entfernten und sich geradezu in einer elitären Blase verlören. Deshalb verstehe die AfD „das Volk“ besser und könne sich deshalb auch besser um den „kleinen Mann“ kümmern und ihm eine Stimme geben.

„Die möchten mehr für das eigene Volk tun. Mehr in Deutschland bewegen. [...] Die stellen sich [auch] volksnaher dar wie die CDU, die agieren auch mehr mit dem Volk.“

„Dass die mehr für Menschen sind.“

Aus einem Kommentar zur Berliner Abgeordnetenhauswahl heißt es:

„Die einzige Partei die in Deutschland als Volkspartei anzusehen ist, ist die AfD. Alle anderen wollen das Volk austauschen.“

Die AfD gilt nicht nur als eine – im positiven Sinne – widerspenstige, sondern geradezu „rebellische“ Partei, die sich insbesondere „nicht den Mund verbieten“ lasse, ja dadurch erst „dem Volk“ wieder Raum für „freie Meinungsäußerung“ und eine Stimme im demokratischen Meinungsspektrum geben würde, vor allem mit Blick auf Zuwanderung.

„[Die sind] waghalsig.“

„Zähne zeigen gegenüber den großpolitischen Richtlinien.“

„[Die AfD ist] keine Ja-Sager-Partei. Keine Abnicker-Partei. Ich finde es ganz, ganz toll, wenn sich eine Partei gegen alle anderen so wehrt und auflehnt und andere Vorschläge macht. [...] Ich bewundere es, dass die AfD gegen die alteingesessenen Parteien vorgeht und Tacheles redet und Klartext redet. CDU und SPD usw. niedergemacht haben.“

„Ich würde der AfD vertrauen. Weil die den anderen ans Bein pisst.“

„Ich finde es gut, dass es eine Partei gibt, wo die Leute sich [frei] äußern können.“

„Bei der AfD kann man frei sich äußern, ohne dass man dafür eine schwachsinnige Entschuldigung suchen muss.“

„Die AfD spricht das aus, was das Volk denkt.“

„[Die AfD] sagt, was die Masse denkt.“

„Die sind die einzigen die aussprechen, was ich denke. Was viele wahrscheinlich insgeheim denken. Und was meines Erachtens auch den Tatsachen entspricht.“

„Dass viel Ungerechtigkeit herrscht. Dass zu viel für die Muslime getan wird. Dass die Muslime zu Deutschland gehören. Dafür bin ich gar nicht. Die Parteien eiern so herum – keiner will das heiße Eisen anfassen.“

„Dass die bestimmte Dinge ansprechen, wie zum Beispiel das Flüchtlingsproblem, und einfache Lösungen anbieten.“

Dieser „Mut zur Wahrheit“ ist für diesen potenziellen Anhänger besonders wichtig, den etablierten Parteien wird nicht zugetraut, diesen „Mut“ zu haben. Die AfD rede dagegen „Klartext“ und „beschönigt und verschleiert nicht“.

„Ich mag keine schwammigen Geschichten mehr.“

„Die Wahrheit spricht nur die AfD aus. Egal welche Person man dort nimmt. Das sind die einzigen die wirklich aussprechen, was den Tatsachen entspricht.“

„Was mich persönlich anspricht: die sprechen Klartext. Was dem Volk oder dem Bundestag uns nicht so schmeckt. Das passt den anderen Parteien nicht so, dass die alles so offen sagen.“

„Sagen ihre Meinung. Und reden Klartext. Nicht so Drumherum. Nicht wie unsere Regierung.“

„Darum habe ich mich ja für diese Partei entschieden, weil die ja auch Mut zur Wahrheit hat.“

Zudem gibt es einige von der Partei überzeugte Wähler, die von einer starken Bindung an die junge Partei berichten, da eine Übereinstimmung zu politischen Positionen und der Gesinnung der Partei existiere. Diese unterscheiden sich von den anderen Befragten. Vor diesem Hintergrund wird die AfD von manchen als „Retter“ Deutschlands gesehen, der die negativen gesellschaftlichen Tendenzen der vergangenen Jahre mittels einer neuen Politik zurückdrängen könnte. So heißt es etwa in zwei Kommentaren zur Silvesternacht in Köln:

„Es reicht, wer jetzt noch schläft dem ist nicht mehr zu helfen. Es muß sich was ändern. [...] AFD die letzte Hoffnung für Deutschland.“

„AFD meine letzte Hoffnung für Deutschland !!!!!“

Deutlich auch ein Kommentar zur erneuten Kanzlerkandidatur Angela Merkels:

„Ich Wähle auf jeden Fall die AfD, denn so wie es momentan in Deutschland aussieht kann es nicht mehr weiter gehen. Mir kommt das sowieso alles irgendwie komisch vor. Wenn die CDU und Merkel nochmal Gewählt wird, sehe ich unseren Untergang. Denkt mal an Eure Kinder, die möchten bestimmt eine Friedliche Zukunft und keine Zukunft in Angst und Schrecken. AfD, Ihr habt meine Stimme!“

Die Bundestagswahl wird als Wende herbeigewünscht, in der durch einen fulminanten Wahlsieg der AfD, endlich, ein Politikwechsel eingeleitet werden könne. So ein Kommentar zur erneuten Kanzlerkandidatur Angela Merkels:

„Wir alle müssen dafür sorgen, dass 2017 zu einer Wende in der Politik führt - das Politik wieder für das Volk gemacht wird! Wer nicht Mitglied in der AfD werden kann muss wenigstens seine Stimme der AfD geben! Hier kann man doch mal den Satz von Frau Merkel für uns beanspruchen 'Wir schaffen das!'“

Tatsächlich hoffen überzeugte AfD-Wähler auf eine Regierungsbeteiligung der AfD oder auf ein Wahlergebnis, mit dem die AfD eine starke Opposition bilden kann, über die die anderen Parteien nicht hinweggehen könnten.

„Die Partei ist relativ isoliert. Wird wohl nicht an die Regierung kommen, weil die anderen sich mit der Partei nicht verbinden wollen. Aber selbst dann ist es gut, wenn die sehr stark wird und dann zeigt es, dass man nicht ganz so richtig liegt mit der eigenen Stimmung.“

Politisch erhoffen sich einige eine Rückkehr zu mehr nationalstaatlicher Kontrolle, insbesondere die Rückkehr zu konsequenten Grenzkontrollen, eine Zuwanderungskontrolle und die Rückkehr der D-Mark und letztlich auch ein Referendum über den Austritt aus der EU.

„Grenzen müssen nicht immer nur schlecht sein.“

„Man könnte beschließen, dass wieder jedes Land eine Grenze hat. Ich kann damit gut leben an der Grenze Halt zu machen. Und auch Währungen tauschen.“

„[Es würde einen] Volksentscheid [geben], was den EU-Austritt anbelangt.“

Implizit ist damit eine neue, restriktive Ausländer- und Flüchtlingspolitik eines der zentralen Wahlmotive des AfD-Wählers.

„Gegen die bisherige Ausländer- und Flüchtlingspolitik, aber auch gegen die EU.“

„Würde auf jeden Fall weniger Flüchtlinge geben. Wird ein Großteil abgeschoben werden – von den Afrikanern.“

„Dass hier Obergrenzen gemacht werden, wer hier reinkommt, sortiert wird, wer hierherkommt. Es kann ja nicht sein, dass hier jeder Analphabet nach Deutschland kommt und sich in unserem Sozialsystem auslebt.“

„Mit der Flüchtlingspolitik. Dass die drauf achten, wer reinkommt. Nicht jeden aufzunehmen. Nicht jeden unterstützen.“

„[Dass die Zuwanderer die] deutsche Sprache lernen.“

Von dieser restriktiven Ausländer- und Flüchtlingspolitik versprechen sich AfD-Affine eine starke Begrenzung der Zuwanderung, einschließlich einer Obergrenze, die Beschleunigung von Asyl- und Abschiebungsverfahren, verstärkte Anstrengungen zur Ausweisung/Abschiebung abgelehnter Asylbewerber, die Kürzung der finanziellen Unterstützung von geduldeten Asylbewerbern und eine Assimilation der Zugewanderten oder zumindest eine klare Positionierung gegen eine Islamisierung Deutschlands.

„Dass nicht mehr so viel Geld für Menschen fließt, die hier nur noch geduldet werden. Da wird die AfD sagen, es gibt nur noch ganz wenige Bedingungen, dass die noch Leistung bekommen. Und wer keine Leistung bringt, und sich gegen die deutschen Werte stellt, der bekommt gar nichts mehr.“

„Aber es ist auch klar, dass man ganz klar sagt, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört. Und dass es ein Burka-Verbot gibt. Und dass die Leute sich an die Kultur, in deren Land sie zu Gast sind, sich anpassen haben.“

„Die islamistische Situation verbieten.“

In zwei Kommentaren zur Silvesternacht in Köln heißt es dazu:

„Wenn ihr den wahnsinnigen Islam stoppen wollt dann AfD wählen. Alle andere Parteien führen uns in den Abgrund.“

„Ich “wähle” AfD...schützt unsere Kultur ...!“

Daneben motivieren den AfD-Wähler bei seiner Wahlentscheidung aber auch Forderungen der AfD nach einer härteren Strafgesetzgebung und einer effizienteren Justiz sowie eine personelle Aufstockung der Polizei, welche die innere Sicherheit verbessern könnte.

„Die kann was verändern. Im positivem Sinne: Mehr Sicherheit, mehr Schutz, mehr Ordnung. Das traue ich den anderen Parteien nicht zu.“

„Ich hoffe, dass in der inneren Sicherheit einiges passieren wird. Dass auch wieder auf der Straße Polizei ist. Vor 25 Jahren konnte ein Polizist in Uniform tagsüber auf der Straße laufen [Berlin]. Sogar alleine. Heute nicht mal eine Dreier-Streife mehr.“

„Was wichtig wäre, dass man die Strafjustiz und die Polizei mehr verstärkt auftreten lässt.“

„Alles straffer. Strenger. Strengere Richtlinien. Alles viel Straffer. Alles so lasch geworden.“

„Mit der Kriminalität – das ist ja auch erschreckend. Darum muss ja härter durchgegriffen werden.“

Eher geringen Wert legen einige darauf, sozialstaatliche Leistungen auszubauen; wichtiger ist, dass das Geld, das für die Zuwanderungs- und Integrationspolitik vorgesehen ist, besser für Rentner und Deutsche in Not oder für Familien ausgegeben und in der Sozialhilfe anstelle des Bedarfsprinzips wieder das Beitragsprinzip eingeführt wird.

„Die AfD ist für Familien.“

„Zwölf Jahre Angela Merkel und ihre CDU-Bautanztruppe sind genug ... Täglich strömen obergrenzenlos Asylforderer nach Deutschland und keiner merkt es ... Der Kontrollverlust und die Gefahren für Leib und Leben dank der muslimischen Terror-Fuzzis sollte langsam aber sich mal ein Ende haben in Deutsch-land ... Die kriminelle CDU-SPD-Flüchtlingspolitik hat längst fertig ... Fast 50 Milliarden Steuergelder bekommen unsere muslimischen Merkel-Neubürger dieses und nächstes Jahr ... Für Arbeitslose und Obdachlose sowie den Millionen armen Rentnern waren nie so viele Steuermillionen im Bundeshaushalt ausgewiesen.“

„Die versprechen jetzt, dass die vieles besser machen. Wer Versicherungsbeiträge bezahlt, der kann auch Arbeitslosen- und Kindergeld haben.“

Ganz generell ist ein weiteres (wert)rationales Wahlmotiv von überzeugten AfD-Wählern die Aussicht, dass die AfD Deutschland vor allem anderen in Politik und Gesellschaft wieder an erste Stelle rücken würde.

„[Die werden] mehr an das eigene Land denken. [...] Die sind ja schon sehr für Deutschland.“
„Dass man das Gefühl hat, dass die nicht nur an Außerhalb-von-Deutschland interessiert sind. Sondern zuerst mal an Deutschland interessiert sind.“

„Für die Deutschen da sind.“

Dabei würde die AfD auch traditionelle deutsche Werte von Ordnung, Disziplin und Zuverlässigkeit wieder nach vorn bringen.

„[Die AfD] steht für mich für Ordnung, Sauberkeit und Fleiß. Deutsche Tugenden. [...] [Sie] scheut sich nicht davor, das, was Deutschland großgemacht hat [zu betonen]: da gehört Ordnung, Sauberkeit und Disziplin und Fleiß mit dazu.“

Dabei entspricht auch die politische Positionierung der AfD zwischen rechter Mitte und rechtem Rand den ideologischen Vorstellungen der potenziellen Anhänger.

„Da zählen ja noch die Werte.“

Insbesondere Patriotismus, ein unbeschwerter Nationalstolz, aber auch die Betonung traditioneller Familienwerte gehören hier dazu.

„Die AfD ist eine Partei, die das Land noch liebt. Die sehe ich als Patrioten. Und AfD ist auch eine patriotische Partei.“

„Nationalstolz – das haben wir ja angesprochen. Dass die bereit sind es zu akzeptieren, wenn in die Richtung mehr gedacht wird. Wir sind die Deutschen, wir leisten was und davon haben wir unser System aufgebaut und es kann nicht angehen, dass Leute hierherkommen und sich aus dem System bedienen ohne was dafür getan zu haben.“

Für den überzeugten AfD-Wähler ist die AfD damit auch die einzig wirkliche konservative Partei, die beides leistet: Sich sowohl von einer unpatriotischen, utilitaristischen und relativistischen politischen Mitte abzusetzen sowie vom rechten, nationalistischen Krawallrand, für den exemplarisch die NPD steht, aus dem heraus nur wenig tatsächliche Veränderung im Land entstehen kann.

„Glückwunsch. Weiter so, wenn die AfD jetzt professionell agiert, dann seid Ihr die neue konservative Partei Deutschlands. Das, was Deutschland seit Jahren fehlt.“

„Nachdem die CDU sozialdemokratisiert ist und die SPD sich eher in Richtung Markt und nicht mehr Arbeitermilieu orientiert, haben wir eigentlich keine vernünftig konservative Vertretung mehr im politischen System.“

„[Die AfD ist] nicht so weit rechts wie die NPD: Wow – endlich mal nicht so Verklatschte wie NPD.“

„Die AfD kann mehr bewirken, wie die NPD. Die AfD ist nicht so weit rechts.“

„Es ist eine Partei, die einfach eine andere Meinung hat. Die mit einer Krise anders umgehen würde. Das hat mit rechtspopulistisch oder nationalistisch nichts zu tun.“

„Auch „rechts“ gehört zum normalem, demokratischem Spektrum. Auch rechte dürfen wählen. Es ist doch nichts Ungewöhnliches. Wurde höchste Zeit, dass sich diese Normalität auch in D breitmacht. Mir ist aus den Staaten, die bereits seit längerem starke Konservative Parteien haben, nichts von einem neuen Holocaust bekannt. Ihnen etwa?“

„Wenn man aufhören soll jeden Flüchtling über einen Kamm zu schweren was Straftaten, Benehmen und so alles angeht, dann sollte man im Gegenzug auch mal aufhören jeden deutschen Patrioten, der die Masseneinwanderung kritisch sieht als Nazi oder rassistisch zu bezeichnen.“

8. ZUSAMMENFASSUNG/AUSBLICK

Protest wird in der Untersuchung vor allem an einer AfD-Affinität festgemacht. Nach anderen Formen der politischen Partizipation wurde zwar gefragt, aber es zeigte sich kein Befund. Es mag zwar (vor allem in den neuen Ländern) sichtbare Allianzen zwischen Demonstrierenden und der AfD geben, doch lassen sich diese in dem gewählten Design nicht nachweisen.

Die Befragten lassen sich auf (fast) keinen gemeinsamen Nenner bringen. Sie sind eine äußerst heterogene Gruppe mit unterschiedlichen Wegen und Begründungen, warum sie sich der AfD genähert haben. Auch sozialstrukturelle Muster ergeben sich nicht. Monokausale Erklärungen, wer, warum die AfD unterstützt, greifen daher zu kurz. Die Partei wird als Projektionsfläche sehr unterschiedlicher Wünsche, Bedürfnisse und Themen wahrgenommen. Die mit der Methode des Social Listening untersuchten Inhalte spiegeln die Kommunikation in den Interviews bis hin zur Tonalität wider, auch wenn anhand der Kommentare nicht überprüft werden kann, ob eine AfD-Affinität bei den Kommentatoren besteht. Die Internetkommunikation bietet auf jeden Fall einen Resonanzraum, bei dem Meinungen nur sehr selten einer Gegenargumentation ausgesetzt sind.

Dennoch gibt es jenseits der Heterogenität auch Gemeinsamkeiten, die sich eher in einer Grundstimmung ausdrücken. Die Befragten hatten häufig das Gefühl, dass sie nicht „gehört“ würden, was sich sowohl auf Eliten als auch auf die eigene Situation bezieht, da sich viele in ihrer Meinung stigmatisiert und entfremdet wahrnehmen. Gleichmaßen – auch wenn viele Diskussionsbeiträge eher das Gegenteil bestätigen – wird eine Abgrenzung nach „rechts“ vorgenommen. Eines der klassischen Erzählmuster ist, dass die „eigentliche“ Meinung „DES Volkes“ unterdrückt würde und man „das wohl noch sagen dürfe“. Hier scheint der Hauptgegner die als Unterdrückungsinstrument verstandene „Political Correctness“ zu sein.

Auch verschwörungstheoretische Argumentationen sind weit verbreitet, ohne dass es eine Verschwörung gibt, die alle teilen. Vieles wird nur ohne Konkretisierung angedeutet, läuft aber am Ende darauf hinaus, über exklusives Wissen zu verfügen. Gleichmaßen kursieren viele Fake-News. Häufig wird die Realität ausgekoppelt oder verdrängt und durch „alternative“ Erzählungen ersetzt, welche zwar ins eigene Weltbild passen, aber einer Überprüfung nicht Stand halten. Man könnte von einem „Pippi-Langstrumpf-Syndrom“ sprechen, wo sich die Welt nach eigenen Maßstäben zurechtgelegt wird. Gegenüber Argumenten, die eine andere Meinung vertreten, zeigt sich eine gewisse Geschlossenheit. Die Befragten suchen zwar nach Orientierung, allerdings eher ohne Kompass.

Sehr weit verbreitet, in der Motivation, die AfD zu unterstützen, sind Denkmotiv. Es gibt eine klammheimliche Freude, wenn etablierte Parteien am Wahlabend Verluste haben und dementsprechend niedergeschlagen sind.

Am ehesten lassen sich die Befragten über ihre Gefühlslagen zusammenfassen. In der Sozialwissenschaft passt die geläufige Theorie der relativen Deprivation auf die Wahrnehmungen am besten. Die eigene Situation ist zwar eher unproblematisch, doch wird sie in Beziehung zu anderen gesetzt und dann wird eine Verschlechterung erwartet. Die erwartete Verschlechterung wird zum Teil generalisiert, wenn etwa auf allgemeine Entwicklungen wie Globalisierung verwiesen wird. Zum Teil wird sie auch konkretisiert, wenn zum Beispiel durch die Zuwanderung eine potenzielle Verschlechterung der Zukunftsaussichten oder der eigenen wirtschaftlichen Lage erwartet wird. Während das Meinungsklima in repräsentativen Umfragen eher von Zuversicht, Vertrauen und Zufriedenheit geprägt ist, unterscheiden sich die Befragten hier deutlich. Auch dies wird in repräsentativen Studien sichtbar,

in denen die AfD-Anhänger zu allen anderen Anhängerschaften als Antipoden auftreten. Bei den hier Befragten wird Angst (auch vor Überfremdung), Verunsicherung, Kontrollverlust mit dem Gefühl gekoppelt: „Alles wird schlechter.“ Daher kommen bei der Analyse Zweifel auf, inwieweit themenbezogene Politik hier ansetzen kann, in einer Zeit, in der Deutschland, auch nach objektiver Betrachtung und im Vergleich zu anderen Ländern, eine Phase der Stabilität und Prosperität erlebt. Alles auf den Anlass Flüchtlingskrise zurückzuführen, scheint die Kausalitäten umzukehren. Vielleicht war die Flüchtlingskrise der „Trigger“, der die Grundhaltungen sichtbar machte, zusätzlich mobilisierte und einen politischen Arm fand. Durch die Ängste vor einer Islamisierung Deutschlands erhielt das Thema einen zusätzlichen Schub. Vermutlich hat sich die psychische Gestimmtheit bereits vorher latent manifestiert und ist ein Resultat langfristig aufgestauter vielfältiger Frustrationen. Bereits seit den frühen 1990er Jahren können auch in repräsentativen Studien immer wieder latente, zum Teil auch manifeste Einstellungen in Bezug auf populistische als auch extremistische Inhalte gemessen werden. Diese ermöglichten jedoch bislang keiner Partei eine langfristige Verankerung im Parteiensystem.

Abbildung 2: Essen am 9.12.2016.



9.1.2 Abbildungen der Collagen zur Wahrnehmung der AfD

Abbildung 4: Dresden am 7.12.2016.



Abbildung 5: Essen am 9.12.2016.



Abbildung 6: Essen am 9.12.2016.



9.2. Methodenbericht

Die Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung führte im Dezember 2016 eine qualitative Umfrage zum Thema Protestverhalten durch.

Mittels qualitativer Methoden sollten die unterschiedlichen Gründe und Motivstrukturen für politisches Protestverhalten untersucht werden. Dabei geht es sowohl um Wahlverhalten als auch um politischen Protest jenseits von Wahlen.

Vor dem Hintergrund dieser Fragestellung wurden insgesamt 20 qualitative telefonische Einzelinterviews deutschlandweit sowie drei Fokusgruppen in den Städten Dresden, Essen und Berlin durchgeführt. Eine qualitative Analyse relevanter Inhalte aus dem Internet und den sozialen Medien zu zuvor definierten Themenfeldern rundete das qualitative Methodenpaket zum Verständnis von Protestverhalten in Deutschland, konkret: im rechten politischen Spektrum, ab.

9.2.1 Kurzüberblick über das Studiendesign

Tabelle 1: Fokusgruppen

Kurzüberblick Fokusgruppen	
Methode	3 Gruppendiskussionen mit je 8 Teilnehmern (inklusive 2 Ersatzpersonen)
Orte	Dresden, Essen, Berlin
Stichprobenauswahl	Freie Rekrutierung
Gesamtfallzahl	N=24
Dauer	90 Minuten
Erhebungszeitraum	7., 9. und 19. Dezember 2016

Tabelle 2: Einzelinterviews

Kurzüberblick Einzelinterviews	
Methode	20 Einzelinterviews
Regionen	Deutschlandweit
Stichprobenauswahl	Freie Rekrutierung
Gesamtfallzahl	N=20
Dauer	55-75 Minuten
Erhebungszeitraum	5. bis 16. Dezember 2016

Tabelle 3: Social-Media-Listening

Kurzüberblick Social-Media-Listening

Methode	Qualitative Inhaltsanalyse definierter Themenfelder und Internetquellen
Themenfelder/Ereignisse	Abgeordnetenhauswahl in Berlin 2016, Kanzlerkandidatur von Angela Merkel 2017 (Ankündigung 2016), Silvesternacht in Köln 2015, Fall Lisa 2016
Quellen	Online-Präsenzen deutscher Leitmedien, Facebook, rechtsorientierte Blogs/ Nachrichtenportale
Stichprobenauswahl	Gezielte Auswahl von 20-40 Ausgangsartikeln pro Ereignis hinsichtlich ihrer inhaltlichen Relevanz und quantitativen Anzahl verwertbarer Nutzerkommentare
Gesamtfallzahl	Sichtung von >n=1.000 Kommentaren pro Ereignis
Erhebungszeitraum	1. bis 12. Dezember 2016

9.2.2 Details zur Rekrutierung der Teilnehmer aus den Fokusgruppen und Einzelinterviews

Die Teilnehmer wurden anhand einer bewussten Stichprobenziehung („purposive sampling“) ausgewählt. Für die Gesamtheit der qualitativen Stichprobe wurden zentrale Rekrutierungskriterien berücksichtigt, unter anderem:

- Teilnahme/Teilnahmebereitschaft an irgendeiner Form des Protests, insbesondere durch eine Protestwahl bzw. Protestwahlabsicht, Sympathisanten/Teilnehmer bei Pegida und Ablegern.
- Mix hinsichtlich der Soziodemographie (u.a. Geschlecht, Alter zwischen 18 und 65, Familienstand, Kinder im Haushalt, Bildungsstand, Einkommen, West-Ost); Quotierung nach Intensität der Internetnutzung.

9.2.3 Leitfaden für Interviews und Fokusgruppen

In einem Master-Leitfaden wurde der thematische Diskussionsverlauf für die Interviews einerseits und die Fokusgruppen andererseits differenzierend festgehalten. Konkrete Fragen nach Motivation und Einstellung der Befragten im Kontext von Protestverhalten wechselten sich hier mit kreativ-emotionalen Fragetechniken ab (unter Einbeziehung von Collagen), um auch die unbewussten Verhaltensdimensionen von Protest erfassen zu können.

9.2.4 Feldarbeit

Die Fokusgruppen wurden von IPSOS moderiert („face-to-face“) und am 7.12. in Dresden, am 9.12. in Essen und am 19.12.2016 in Berlin durchgeführt, wobei jeweils sechs Teilnehmer und zwei Ersatzteilnehmer eingeladen wurden. Stets erschienen alle acht, was darauf schließen lässt, dass es sich offenbar um ein „high involvement“-Thema handelte. Dies wurde auch durch das Phänomen untermauert, dass während der Diskussionsrunden ein großes Redebedürfnis aller Teilnehmer beobachtet werden konnte.

Die Tiefeninterviews wurden parallel zu den Fokusgruppen telefonisch durchgeführt. Das erste Interview fand am 05. Dezember und das letzte am 16. Dezember 2016 statt. Die Dauer der Interviews betrug im Durchschnitt 60 Minuten, wobei das längste Interview 75 Minuten dauerte; das kürzeste war nach 55 Minuten beendet.

Alle Interviews bis auf zwei fanden zu den vorhergesehenen Zeiten statt. Die entsprechenden Interviews konnten problemlos neu terminiert werden. Ansonsten gab es keine weiteren organisatorischen Besonderheiten.

9.2.5 Durchführung des Social-Media-Listenings

Als Ergänzung zu den Fokusgruppen und Tiefeninterviews wurde eine inhaltsanalytische Auseinandersetzung nach Mayring (2015) mit nutzergenerierten Inhalten im Internet (sogenanntes Social-Media-Listening) durchgeführt. Da sich Protestverhalten meist gegen konkrete Geschehnisse oder politische Maßnahmen richtet, sollten die Analysen auf solcher Nutzerkommunikation basieren, die sich klar auf ein bestimmtes Ereignis bezieht. Um die größtmögliche Bandbreite an Gründen und Motiven für Protestverhalten im Internet identifizieren zu können, wurden vier verschiedene Ereignisse ausgewertet. Durch die Auswertung der Online-Nutzerkommunikation konnte schließlich ein analytischer Mehrwert erzeugt werden, da die Kommunikations- und Argumentationsdynamik im, teilweise anonym genutzten, Internet zum Teil deutlich anders zu charakterisieren ist als der persönliche Austausch in Fokusgruppen oder Telefoninterviews zu den gleichen Themen.

Tabelle 5: Social Listening

Übersicht der untersuchten Ereignisse bei Social Listening

Wahl in Berlin	Diskussionen rund um die Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin am 18. September 2016. Die AfD erzielt die größten prozentualen Zuwächse aller Parteien und kommt auf insgesamt 14,2% der Stimmen.
Kanzlerkandidatur von Angela Merkel	Diskussionen rund um die Ankündigung Angela Merkels im November 2016, ein viertes Mal als Kanzlerkandidatin der CDU/CSU bei der nächsten Bundestagswahl 2017 anzutreten.
Silvesternacht in Köln	Diskussionen rund um die Sexual-, Eigentums- und Körperverletzungsdelikte gegen Frauen, begangen 2015 von Gruppen junger Männer aus dem nordafrikanischen/arabischen Raum.
Fall Lisa	Diskussionen rund um das Verschwinden sowie die vermeintliche Vergewaltigung einer 13-jährigen Russlanddeutschen und die Aufarbeitung in den deutschen und russischen Medien 2016.
Dauer	55-75 Minuten
Erhebungszeitraum	5. bis 16. Dezember 2016

9.2.6 Datenverarbeitung und -analyse

9.2.6.1 Datenerfassung und -verarbeitung der Fokusgruppen und Interviews

Sowohl die Einzelinterviews als auch die Fokusgruppen wurden auf der Audiospur aufgezeichnet, um anschließend durch den Schreibservice protokolliert zu werden. Anschließend wurde ein analysefähiger Datensatz (MAXQDA) erstellt.

9.2.6.2 Datenauswahl und -verarbeitung des Social-Media-Listenings

In einem ersten Schritt wurde per Online-Recherche festgestellt, ob für jedes der vier Ereignisse ausreichend Nutzerkommunikation vorliegt. Dies traf für alle Ereignisse zu. Die Recherche wurde zwischen dem 1. und 12. Dezember 2016 durchgeführt. Es wurde hierzu auf verschiedenen Online-Quellen nach redaktionellen Artikeln zum jeweiligen Thema gesucht und dabei festgestellt, ob und wie viele Nutzerkommentare vorliegen. Der spezifische Link (URL-Adresse) eines jeden Artikels wurde zunächst in einer Excel-Datei dokumentiert und die zu erwartende Anzahl an Nutzerkommentaren aufsummiert. Um sicherzustellen, dass die Datengrundlage für die Inhaltsanalyse ausgewogen ist, wurde in drei verschiedenen Quellentypen recherchiert.

Tabelle 6: Quellentypen

Übersicht der Quellentypen, in denen recherchiert wurde.

Reichweitenstarke Online-Präsenzen deutscher Leit- und Regionalmedien	spiegel.de focus.de welt.de zeit.de faz.net tagesspiegel.de
Vermeintlich unabhängige, rechtsorientierte Blogs und Nachrichtenportale	jungefreiheit.de pi-news.net zuerst.de compact-online.de deutsch.rt.com (Russia Today)
Facebook	Facebook-Seite der AfD Deutschland Facebook-Seite der AfD Berlin

Die gesammelten Links (ca. 20-40 Ausgangsartikel pro Ereignis) wurden an den Dienstleister übermittelt. Mit eigens dafür programmierten „Scrapern“ erhob unser Technologiepartner bei diesem Projekt alle Nutzerkommentare zu den jeweiligen Artikeln. Die Datensätze mit allen erhobenen Nutzerkommentaren wurden in Form einer Excel-Datei übermittelt. Diese Datei enthielt nicht nur die Kommentartexte an sich, sondern auch alle verfügbaren Meta-Informationen. Insgesamt standen so 16.122 Kommentare (durchschnittlich 4.030 pro Ereignis) für die weiterführende qualitative Inhaltsanalyse zur Verfügung. Für eine bessere Handhabung wurden die Kommentare pro Ereignis in einzelne Excel-Dateien überführt und mit Hinblick auf die Analyse entsprechend formatiert. Alle Datensätze lagen vollständig bis zum 15. Dezember 2016 vor.

DIE AUTOREN

Dr. Hans-Jürgen Friß arbeitet seit 1999 in der Markt- und Sozialforschung und ist seit 2008 bei Ipsos tätig. Er ist als Director in der Abteilung für qualitative Forschung bei Ipsos (Ipsos UU) u.a. für den Bereich Public Affairs verantwortlich. Nach dem Magister-Studium der Soziologie, Politikwissenschaft und Neueren Deutschen Literaturwissenschaft promovierte er im Fach Soziologie über das Castro-Regime auf Kuba. Während seiner Berufstätigkeit als Markt- und Sozialforscher sammelte Dr. Friß zahlreiche nationale sowie internationale Erfahrungen in allen Bereichen der qualitativen Forschung und führte dabei vor allem Studien in den Bereichen der Sozial-, Politik-, Mobilitäts- und Kommunikationsforschung durch und veröffentlichte u.a. zu den Themen Migration, Klimawandel und qualitative Methodologie. Für seine innovativen Forschungsmethoden erhielt er zahlreiche Auszeichnungen (u.a. den Ipsos Innovation Award 2011 und 2012).

Dr. Viola Neu wurde 1964 in Ludwigshafen/Rhein geboren und ist seit 1992 Mitarbeiterin der Konrad-Adenauer-Stiftung. Sie studierte Politische Wissenschaft, Öffentliches Recht und Neuere Deutsche Philologie in Mannheim. Bis Mai 2000 war sie Leiterin der Abteilung Empirische Politikforschung, danach Leiterin des Teams Politische Kommunikation, Meinungs- und Parteienforschung sowie seit 2011 Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung und seit 2017 zusätzlich stellvertretende Leiterin in der Hauptabteilung Politik und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Berlin.

ANSPRECHPARTNER IN DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

*Thomas Köhler
Leiter der Hauptabteilung Politik und Beratung
Telefon: +49-(0)30-26996-3550
E-Mail: Thomas.Koehler@kas.de*

*Dr. Viola Neu
Stellvertretende Leiterin der
Hauptabteilung Politik und Beratung und
Leiterin des Teams Empirische Sozialforschung
Telefon: +49-(0)30-26996-3506
E-Mail: Viola.Neu@kas.de*

*Postanschrift:
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin*



Konrad
Adenauer
Stiftung

www.kas.de

